

## Aus dem Inhalt

### Kirchen

EKD-Chef fordert  
vorausschauende  
Integrationspolitik in EU 2

Verfassungsgericht kippt strikten  
bayerischen Feiertagsschutz 3

### Gesellschaft

Studie: Globalisierungsangst treibt  
Populisten Wähler in die Arme 6

Verbände sehen Sorgfalt bei  
Asylverfahren gefährdet 9

### Soziales

Behinderte profitieren kaum von  
sinkender Arbeitslosigkeit 20

### Kultur

Thüringer Bachwochen  
feiern Reformation 29

### Medien

Privatradios fordern Staatsvertrag  
für digitales Radio 30

### Entwicklung

Amnesty: Schockierende  
Arbeitsbedingungen  
auf Palmöl-Plantagen 34

Bündnis stellt sich gegen  
möglichen Marshall-Plan für Afrika 36

**Impressum 43**

## Bischöfe: Kirche muss neue Wege zu den Menschen finden

Ökumene-Tagung mit Kardinal Marx und  
EKD-Ratsvorsitzendem Bedford-Strohm

Tutzing (epd). Die Kirchen müssen nach Überzeugung der Bischöfe Reinhard Marx und Heinrich Bedford-Strohm nach Wegen suchen, wie sie die Menschen wieder neu mit ihrer Botschaft erreichen können. Voraussetzung dafür sei eine grundlegende „geistliche Erneuerung“ der Kirche, sagte der bayerische Landesbischof Bedford-Strohm am Dienstagabend bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing (Landkreis Starnberg). Die Menschen müssten wieder die ansteckende Kraft der biblischen Botschaft erkennen, die ihnen auch zeige, wie sie mit existenziellen Fragen wie Tod, Schuld, Vergebung und Buße umgehen können.

Zu der Neuorientierung gehöre aber auch das öffentliche Zeugnis, das „hinausstrahlt aus dem Kirchenraum“. Dabei sei es nicht Aufgabe der Kirche, aktuelle Politik zu machen, sondern eine „Grundorientierung“ in das öffentliche Leben einzubringen, betonte Bischof Bedford-Strohm, der auch Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist.

Außerdem sollte die Kirche vermehrt „Begegnungsräume“ bieten, sagte Bedford-Strohm. Mit diesen Kontakt-Möglichkeiten könnten dann auch Vorurteile gegenüber Muslimen abgebaut werden, weil sich hier „echte Menschen“ treffen und man sein Wissen nicht mehr nur über Fernsehbilder eines kriegerischen und aggressiven Islamismus ziehe.

Wie Martin Junge, Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), ergänzte, muss die Kirche den Menschen mehr Unterstützung für ihre eigene Lebensgestaltung und vor allem in konkreten Notlagen geben. Deshalb kümmere sich die Dachorganisation von mehr als 70 Millionen lutherischen Christen in rund 80 Ländern um 2,4 Millionen Flüchtlinge.



## Kirchen

Nach den Worten von Kardinal Marx muss sich die Erneuerung der Kirche immer an dem Wirken und der Person Jesu Christi ausrichten. Diese Orientierung verhindere, dass das Christentum zu einer allgemeinen „Zivilreligion“ werde. Die Christen müssten sich dann auch nicht dem Zeitgeist anpassen, sondern könnten als „produktive Minderheit“ in die Gesellschaft hineinwirken. Wenn diese Ausrichtung gelingt, „liegt die große Zeit der Christenheit vor uns“.

Eine Reform der Kirche dürfe jedoch nicht von den Bischöfen übergestülpt werden, sondern müsse gemeinsam mit den Gemeinden wachsen, sagte Marx. Der evangelische Bischof Bedford-Strohm empfahl als ersten Schritt für Reformen ein dichteres Netzwerk zwischen den Gemeinden. Die Gemeinden könnten sich so ergänzen und so intensiver auf die unterschiedlichen Zielgruppen und ihre Bedürfnisse eingehen.

Bei der gemeinsamen Tagung von Evangelischer Akademie Tutzing und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) befassen sich noch bis Donnerstag katholische und evangelische Bischöfe, Theologie-Professoren und Ökumene-Experten mit dem Thema „Reform im Katholizismus - Konfessionelle Selbst- und Fremdbilder“.

### **EKD-Chef fordert vorausschauende Integrationspolitik in EU**

Brüssel (epd). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, hat eine vorausschauende Integrationspolitik in Europa gefordert. Für eine gelingende Integration sei neben dem Spracherwerb, Familiennachzug und der Einbindung in den Arbeitsmarkt auch die Akzeptanz der europäischen Werteordnung unerlässlich, erklärte Bedford-Strohm am Dienstag in Brüssel auf einem Treffen europäischer Religionsführer.

„Auch im Lichte der US-Präsidentschaftswahlen sollten wir Europäer keine Scheu vor einer Debatte über unsere gemeinsame europäische Identität haben, einer Identität, die aus Vielfalt, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit lebt“, sagte der EKD-Ratsvorsitzende: „Der europäische Gedanke umfasst auch das Versprechen, in Momenten der Krise füreinander einzustehen.“

Bedford-Strohm warb dafür, dass sich Kirchen und Religionsgemeinschaften stärker als Teil Europas verstehen. Er begrüßte die Ankündigung von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa mit Nachdruck voranzutreiben, und sprach sich dafür aus, möglichst vielen jungen Menschen zu ermöglichen, Europaerfahrungen zu sammeln, etwa durch EU-Programme wie Erasmus+.

Im Hinblick auf die Ängste in Teilen der Gesellschaft vor Überfremdung, Identitätsverlust oder sozialem Abstieg betonte Bedford-Strohm: „Wir verurteilen Hass und

Hetze, aber wir verurteilen nie den anderen Menschen. Wir weisen menschenfeindliche Haltungen zurück. Aber wir legen Menschen nie auf sie fest.“ Man müsse diese Ängste ansprechen und den Menschen nicht vorschnell Etiketten anheften, die einen Dialog unmöglich machten. Zum demokratischen Miteinander gehöre auch die Kunst, andere Meinungen auszuhalten und miteinander zu streiten.

## Kirchen

### **Verfassungsgericht kippt strikten bayerischen Feiertagsschutz**

Karlsruhe (epd). Das Bundesverfassungsgericht hat den in Bayern besonders strikten Feiertagsschutz des Karfreitags gekippt. Die „Befreiungsfestigkeit“ des Tages sei unverhältnismäßig, urteilte der Erste Senat in einem am Mittwoch in Karlsruhe veröffentlichten Beschluss vom 27. Oktober (Az: 1BvR 458/10). Damit ist gemeint, dass die bayerische Regelung gegen das Grundgesetz verstoße, wonach eine Befreiung von den für „stille Tage“ verfügten Handlungsverboten von vornherein ausgeschlossen ist. Damit hat das Gericht der Verfassungsbeschwerde einer Münchner Weltanschauungsgemeinschaft gegen die teilweise Untersagung einer Karfreitags-Veranstaltung im Jahr 2007 nun stattgegeben.

Die Verfassungsbeschwerde hatte der Bund für Geistesfreiheit eingelegt, eine anerkannte Weltanschauungsgemeinschaft, die unter anderem für eine strikte Trennung von Kirche und Staat eintritt und sich als Interessensvertretung Konfessionsloser sieht. Im Jahr 2007 hatte dieser Bund am Karfreitag 2007 eine Veranstaltung unter dem Motto „Religionsfreie Zone München 2007“ geplant, neben Filmvorführungen sollte es ein Pralinenbuffet, Informationsangebote über die Arbeit des Bundes und zum Abschluss eine „Heidenspaß-Party“ mit „Freigeister-Tanz“ geben. Zudem sollte dort eine Rockband spielen. Den letzten Teil der Veranstaltung hatte die Ordnungsbehörde untersagt.

Nach Ansicht der Behörden hätte dieser letzte Teil gegen die strengen Vorschriften des Bayerischen Gesetzes über den Schutz der Sonn- und Feiertage (FTG) verstoßen. Durch die strikte Regelung soll der ernste Charakter der „stillen Tage“ gewahrt werden. Die Richter kritisierten, dass es unverhältnismäßig sei, für den Karfreitag grundsätzlich jede Befreiungsmöglichkeit abzulehnen. Anders als für die übrigen „stillen Tage“ schließt das FTG eine Befreiung von den Handlungsverboten am Karfreitag grundsätzlich aus. An diesem Feiertag sind dem bayerischen Gesetz zufolge zum Beispiel alle musikalischen Darbietungen jeder Art in Räumen mit Schankbetrieb grundsätzlich verboten.

„Stille Tage“ sind nach dem bayerischen FTG neben Karfreitag auch Aschermittwoch, Gründonnerstag, Karsamstag, Allerheiligen, der zweite Sonntag vor dem ersten Advent als Volkstrauertag, Totensonntag, Buß- und Betttag und Heiliger Abend. Der Schutz der „stillen Tage“ beginnt um 2 Uhr morgens, am Karfreitag und Karsamstag bereits um 0 Uhr, an Heilig Abend um 14 Uhr - er endet jeweils um 24.00 Uhr. An den „stillen Tagen“ sind öffentliche Unterhaltungsveranstaltungen nur dann

erlaubt, wenn der diesen Tagen entsprechende ernste Charakter gewahrt bleibt, Tanzveranstaltungen sind daher laut Gesetz nicht erlaubt.

## Kardinal Lehmann als Brückenbauer geehrt

Wiesbaden (epd). Der langjährige Mainzer Bischof, Kardinal Karl Lehmann, hat am Mittwoch die höchste Auszeichnung des Landes Hessen erhalten. Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) überreichte dem katholischen Geistlichen im Wiesbadener Schloss Biebrich die Wilhelm-Leuschner-Medaille und würdigte ihn als Brückenbauer und Mann der Ökumene. Der nach seinem 80. Geburtstag im Frühjahr als Mainzer Bischof verabschiedete Lehmann bedankte sich für die Ehrung und wies darauf hin, dass zwei Drittel der Gläubigen in seinem ehemaligen Bistum Hessen seien. „Ich bin kein Berliner, ich bin ein Hesse“, fügte der im schwäbischen Sigma-ringen geborene Theologe und frühere Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz scherzhaft hinzu.

Die nach dem von den Nationalsozialisten ermordeten ehemaligen Landesinnenminister, Widerstandskämpfer und Gewerkschafter benannte Wilhelm-Leuschner-Medaille wird seit 1965 jährlich zum Verfassungstag 1. Dezember vom hessischen Ministerpräsidenten verliehen. Zu den bisherigen Preisträgern gehören unter anderem Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Philosoph Jürgen Habermas, der Computer-Erfinder Konrad Zuse und der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki. Die in diesem Jahr um einen Tag vorverlegte Verleihung der Medaille war zugleich Auftakt der zweitägigen Feiern zum 70-jährigen Bestehen des Landes Hessen.

## Trauer Gottesdienst für Peter Hintze im Berliner Dom

Berlin (epd). Mit einem Trauer Gottesdienst im Berliner Dom wird am Donnerstagmorgen des verstorbenen Bundestagsvizepräsidenten Peter Hintze gedacht. Der CDU-Politiker und Theologe war am Samstag im Alter von 66 Jahren einem Krebsleiden erlegen.

Wie die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mitteilte, wird die Predigt der frühere EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider halten. Schneider war Präses der rheinischen Landeskirche, in der auch Hintze Pfarrer war, bevor er 1983 in die Bundespolitik wechselte.

Zu dem Gottesdienst werden Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien sowie Repräsentanten aus Kirche und Gesellschaft erwartet. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nehme ebenfalls teil, bestätigte am Mittwoch die Bundesregierung dem epd. Hintze galt als einer der engen politischen Vertrauten der Kanzlerin.

Hintze hatte seine politische Laufbahn als Bundesbeauftragter für den Zivildienst begonnen. Von 1991 bis 1992 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Frauen und Jugend, von 1992 bis 1998 CDU-Generalsekretär. Seit 2013 hatte der gebürtige Rheinländer das Amt des Bundestagsvizepräsidenten inne.

## Kirchen

### Eugen Eckert wird Kontaktpfarrer zu Sportverbänden

Darmstadt (epd). Nach 22 Jahren wechselt der Studierendenpfarrer an der Frankfurter Goethe-Universität, Eugen Eckert, Mitte Dezember vollständig in das Arbeitsfeld „Kirche und Sport“. Der 62-jährige Theologe werde ab 1. Januar mit halber Stelle für die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) als Kontaktpfarrer zu den Sportverbänden arbeiten, teilte die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) am Dienstag in Darmstadt mit. Mit der anderen halben Stelle ist er bereits seit 2007 Stadionpfarrer in der Frankfurter Commerzbank-Arena.

Angesprochen habe ihn der Sportbeauftragte der EKD, der hessen-nassauische Kirchenpräsident Volker Jung, sagte Eckert dem Evangelischen Pressedienst (epd). Die EKD habe es sich zum Ziel gesetzt, den Arbeitsbereich neu auszurichten und zu fragen, „wie Kirche den Sport begleiten kann“. Dazu werde er in enger Zusammenarbeit mit Jung das Gespräch mit Sportlern, aber auch mit Funktionären wie dem Geschäftsführer des Deutschen Olympischen Sportbundes, Michael Vesper, suchen. Derzeit richte ihm die Frankfurt-Stadion-Management GmbH in der Commerzbank-Arena ein Büro ein.

Eckert war unter anderem treibende Kraft beim Bau des Studentenwohnheims der evangelischen und katholischen Kirche auf dem Campus Westend, das 2008 eröffnet wurde. Auch die Errichtung eines interreligiösen Begegnungszentrums mit „Raum der Stille“ in unmittelbarer Nachbarschaft des Wohnheims begleitete der Theologe. Der Gebetsraum stehe von 8 bis 18 Uhr Menschen aller Glaubensrichtungen zur Besinnung und Meditation zur Verfügung und werde sehr gut angenommen, sagte Eckert. Auch die Veranstaltungen am Abend wie Taizé-Gottesdienste und „Nachtgedanken“ lockten viele Besucher an.

### Barbie und die Bibel

Drei Fragen an Pastor Andreas Flick, der über die Barbie-Puppe predigt

epd-Gespräch: Karen Miether

Celle (epd). Der Celler evangelisch-reformierte Pastor Andreas Flick gestaltet am Sonntag im Celler Bomann-Museum einen ganz besonderen Adventsgottesdienst und predigt über die Barbie-Puppe. Das Museum präsentiert noch bis zum 17. April in einer Sonderausstellung unter dem Titel „Busy Girl“ die Barbie-Puppe als

Vorbild für Karrierefrauen und zeigt eine Vielzahl an Puppen, Sammlerstücken, Barbie-Häusern und Zubehör der vergangenen Jahrzehnte. Wie er versuchen will, zusammen mit Pastor Peter Söllner von der freikirchlichen evangelisch-lutherischen Concordia-Gemeinde in dem Gottesdienst Barbie und Bibel zusammenzubringen, erläutert Flick im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd).

*epd: Würden Sie Barbie-Puppen verschenken?*

**Andreas Flick:** Meines Erachtens kann man als Eltern oder Großeltern durchaus Barbie-Puppen verschenken, wenn sich das der Nachwuchs wünscht. Bezüglich ihrer Berufswahl war Barbie mitunter recht emanzipiert und ihrer Zeit oft weit voraus. Barbie arbeitet bei McDonald's, als Astronautin, als Ärztin, Politikerin oder im Show-Business. Doch leider gibt es bislang noch keine Barbie, die den Beruf einer Pfarrerin oder Rabbinerin ausübt. Das ist dann doch wieder typisch Amerika. Barbie hat keine Religion. Und doch: Weihnachten feiert sie auch.

*epd: Ein Gottesdienst über Barbie, wie kommt es denn dazu?*

**Flick:** Seit einigen Jahren halten wir Gottesdienste im Rahmen der jeweiligen Weihnachtsausstellung im Museum. Zuletzt standen dabei böhmische Krippen und davor Playmobil-Figuren im Mittelpunkt. Barbie ist dagegen eine Herausforderung. Barbie polarisiert. Die einen lieben sie, insbesondere wenn sie schöne Kindheitserinnerungen an Barbie-Puppen haben. Die anderen hassen sie, weil sie ein bestimmtes Schönheits- wie Frauenideal propagiert.

*epd: Wie wollen sie von Barbie auf die Bibel kommen?*

**Flick:** Ich will ausgehend von Barbie über den Begriff der Schönheit in der Bibel nachsinnen. Da heißt es im Buch der Sprüche: „Lieblich und schön sein ist nichts; eine Frau, die den Herren fürchtet, soll man loben.“ Ob jemand schön oder hässlich ist, hat nichts mit seinem Ansehen vor Gott zu tun. Laut Bibel ist eine Frau wirklich schön, wenn sie Werte hat und auch danach lebt.

## **Studie: Globalisierungsangst treibt Populisten Wähler in die Arme**

Forscher: Urängste wirken bis heute

In den USA und in Europa erhalten Populisten immer mehr Zulauf. Eine Umfrage der Bertelsmann Stiftung ging der Frage nach, was Menschen zu Parteien treibt, die eine komplexe Welt mit einfachen Antworten erklären wollen.

Gütersloh/Göttingen (epd). Populistische Parteien profitieren einer Studie zufolge vor allem von den Globalisierungsängsten ihrer Wähler. Während eine Mehrheit

Kirchen

Gesellschaft

## Gesellschaft

der EU-Bürger (55 Prozent) die internationale Verflechtung als Chance begreife, empfinde sie fast jeder Zweite (45 Prozent) als Gefahr, heißt es in der am Mittwoch veröffentlichten EU-weiten Umfrage „eupinions“ der Bertelsmann Stiftung. Ängste vor der Globalisierung gehen nach Ansicht des Angstforschers Borwin Bandelow auf jahrhundertealte Befürchtungen zurück.

In der Studie heißt es weiter: Je niedriger die Bildung und je höher das Alter, desto größer sei die Wahrscheinlichkeit, dass die Menschen Globalisierung als Gefahr empfinden. Globalisierung als Bedrohung empfindet danach auch die große Mehrheit der Befragten, die mit rechtsnationalen und populistischen Parteien sympathisieren. Die Umfrage ist den Angaben zufolge repräsentativ für die EU und die neun größten Mitgliedsstaaten.

Die Ängste seien in Österreich und Frankreich mit 55 beziehungsweise 54 Prozent am größten. In Großbritannien, Italien und Spanien dagegen lebten mit jeweils mehr als 60 Prozent die meisten Globalisierungsoptimisten - etwas mehr als in Deutschland, das genau im EU-Durchschnitt liegt.

Anhänger rechtsnationaler und populistischer Parteien fürchten den Angaben zufolge besonders häufig die Folgen der Globalisierung - über alle Ländergrenzen hinweg. Das gelte etwa für 78 Prozent der Unterstützer der AfD in Deutschland, für 76 Prozent beim französischen Front National und 69 Prozent bei der FPÖ in Österreich.

„Die etablierten Parteien müssen die Angst vor der Globalisierung in ihre Arbeit einbeziehen“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung, Aart de Geus. Man dürfe das Werben um besorgte Bürger nicht den Populisten überlassen. Bei linken Parteien spielten Globalisierungsängste auch eine Rolle, doch sei der Faktor „nicht so bestimmend“, hieß es.

Der Angstforscher Bandelow sagte dazu: „Früher war es ein Überlebensvorteil, Angst vor Fremden zu haben.“ Als die Menschen noch „in Stämmen organisiert waren, war es wichtig, den eigenen Stamm zu unterstützen und andere bis aufs Blut zu bekämpfen. Die Ängste, die daraus entstanden, sind bis heute in jedem Menschen präsent“, sagte der Professor für Psychiatrie und Psychotherapie an der Universität Göttingen am Mittwoch dem Evangelischen Pressedienst (epd).

Angst wird im Gehirn in zwei Gebieten verarbeitet, die nicht notwendigerweise zusammenarbeiten, wie Bandelow erläuterte. Es gebe einen intelligenten Teil, der rationalen Argumenten zugänglich sei und auch die positiven Seiten der Globalisierung sehe. „Und es gibt einen primitiven Teil. Dort halten sich solche Urängste hartnäckig.“ In diesem Teil seien beispielsweise auch Ängste vor Spinnen oder Hunden erhalten geblieben. „Auch solche Ängste waren früher für das Überleben wichtig, heute stören sie.“

## Gesellschaft

Auffällig an den Umfragewerten ist laut Bertelsmann Stiftung, dass die Ängste einhergingen mit einer ablehnenden Haltung gegenüber Politik und Gesellschaft. Fast die Hälfte der Pessimisten in Europa würde demnach für einen EU-Austritt stimmen, nicht einmal jeder Zehnte vertraue den Politikern. Nur 38 Prozent seien zufrieden mit der Demokratie. Bei den Optimisten seien über 80 Prozent für einen Verbleib in der EU, mehr als die Hälfte äußere Zufriedenheit mit der Demokratie.

Nach Aussage des Angstforschers Bandelow können Demagogen „primitive Ängste wie Xenophobie leicht auslösen und für sich ausnutzen“. Mit ihrer „einfachen Sprache und einfachen Botschaften bedienen sie die Ängste, die ohnehin vorhanden sind.“ Da solche Befürchtungen im primitiven Teil des Gehirns angesiedelt seien, könnten Politiker demokratischer Parteien dem nicht unmittelbar mit intellektuellen Argumenten entgegenwirken.

Die Umfrage unter rund 15.000 Bürgern aller 28 EU-Staaten ergab laut Bertelsmann Stiftung außerdem eine Abhängigkeit der Haltung zur Globalisierung von Bildungsniveau und Alter der Befragten: Höherqualifizierte sehen die Verflechtung mit 62 Prozent häufiger positiv als Geringqualifizierte (53 Prozent). Am aufgeschlossenen seien junge Europäer zwischen 18 und 25 Jahren mit einem Anteil der Optimisten von 61 Prozent.

### **Forscher: Angst vor Globalisierung geht auf Urängste zurück**

epd-Gespräch: Matthias Klein

Göttingen (epd). Ängste vor der Globalisierung gehen nach Ansicht des Angstforschers Borwin Bandelow auf jahrhundertealte Befürchtungen zurück. „Früher war es ein Überlebensvorteil, Angst vor Fremden zu haben“, sagte der Professor für Psychiatrie und Psychotherapie an der Universität Göttingen am Mittwoch dem Evangelischen Pressedienst (epd). „Als die Menschen noch in Stämmen organisiert waren, war es wichtig, den eigenen Stamm zu unterstützen und andere bis aufs Blut zu bekämpfen. Die Ängste, die daraus entstanden, sind bis heute in jedem Menschen präsent.“

Angst wird im Gehirn in zwei Gebieten verarbeitet, die nicht notwendigerweise zusammenarbeiten, wie Bandelow erläuterte. Es gebe einen intelligenten Teil, der rationalen Argumenten zugänglich sei und auch die positiven Seiten der Globalisierung sehe. „Und es gibt einen primitiven Teil. Dort halten sich solche Urängste hartnäckig.“ In diesem Teil seien beispielsweise auch Ängste vor Spinnen oder Hunden erhalten geblieben. „Auch solche Ängste waren früher für das Überleben wichtig, heute stören sie.“

Einer am Mittwoch veröffentlichten Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge empfinden 45 Prozent der EU-Bürger die Globalisierung als Gefahr. Die Ängste



seien in Österreich und Frankreich mit 55 beziehungsweise 54 Prozent am größten, Deutschland liege genau im EU-Durchschnitt.

Anhänger rechtsnationaler und populistischer Parteien fürchten der Erhebung zufolge besonders häufig die Folgen der Globalisierung - über alle Ländergrenzen hinweg. Das gelte etwa für 78 Prozent der Unterstützer der AfD in Deutschland, für 76 Prozent beim französischen Front National und 69 Prozent bei der FPÖ in Österreich.

„Demagogen können primitive Ängste wie Xenophobie leicht auslösen und für sich ausnutzen“, sagte Angstforscher Bandelow. „Mit ihrer einfachen Sprache und einfachen Botschaften bedienen sie die Ängste, die ohnehin vorhanden sind.“ Da solche Befürchtungen im primitiven Teil des Gehirns angesiedelt seien, könnten Politiker demokratischer Parteien dem nicht unmittelbar mit intellektuellen Argumenten entgegenwirken. Wirkungsvoll seien eigene Erfahrungen, sagte Bandelow. „Deshalb ist die Fremdenfeindlichkeit in Gegenden höher, in denen wenige Ausländer leben. Wer in Großstädten Menschen aus anderen Ländern kennenlernt, hat hingegen deutlich weniger Angst.“

Aufgabe von Politikern sei es, deutlich zu machen, dass sie nicht die Augen vor den Ängsten verschließen, forderte Bandelow. „Die Ängste gar nicht ernst zu nehmen, wirkt kontraproduktiv. Und auch nur 'Wir schaffen das' zu sagen, reicht nicht. Dann haben viele Ängstliche nicht den Eindruck, dass man sie ernst nimmt.“

## Verbände sehen Sorgfalt bei Asylverfahren gefährdet

Diakonie und Pro Asyl: „Entscheidungshektik“ führt zu Fehlern

Berlin (epd). Sozialverbände, Juristenvereinigungen und Menschenrechtler sehen aufgrund der derzeitigen Fülle an Asylentscheidungen die Rechte von Flüchtlingen gefährdet. Die Vorgabe nach dem großen Andrang Asylsuchender, möglichst viele Anträge abzuarbeiten, habe zu einer „fehlerträchtigen Entscheidungshektik“ geführt, kritisierten Diakonie und Pro Asyl am Mittwoch in Berlin. In einem von zehn weiteren Organisationen unterzeichneten „Memorandum“ fordern sie unter anderem mehr Sorgfalt bei den Anhörungen und eine bessere Ausbildung von Dolmetschern.

Für das Memorandum haben die Autoren 106 Fälle von Asylberatungsstellen oder Anwälten analysiert. Die Studie knüpft an eine ähnliche Untersuchung aus dem Jahr 2005 an. Ihr Ergebnis: Viele der damals festgestellten Mängel bestehen heute immer noch. Dazu zählen die Organisationen unter anderem das Fehlen ausreichender Informationen für die Antragsteller und einen Mangel an Rechtsberatung.

Eines der gravierendsten Probleme in ihren Augen ist derzeit, dass die Entscheidungen oft nicht von den Behördenmitarbeitern gefällt werden, die auch in den Anhörungen sitzen. Per Mausclick würden die Gesprächsprotokolle in

## Gesellschaft

Entscheidungszentren abgegeben, kritisierte der Asylanwalt Reinhard Marx. Der unmittelbare Eindruck des Gesprächs sei aber die Basis für eine Entscheidung, sagte er. Marx hält die Trennung von sogenannter Ermittlung und Entscheidung für nur schwer vereinbar mit den rechtlichen Vorgaben.

Zweites großes Problem ist in den Augen der Organisationen die mangelnde Ausbildung der Dolmetscher. Aussagen der Asylsuchenden würden oft verkürzt dargestellt, sagte Diakonie-Referentin Katharina Stamm. Es gebe keine Schulungen für die Sprachmittler, das müsse sich ändern, sagte sie. Pro Asyl berichtete von einem Fall, in dem der Dolmetscher direkt Einfluss genommen habe, indem er Schilderungen über die Ermordung einer christlichen Frau im Haus der Mutter der Antragstellerin abwürgt habe. Dies sei kein Einzelfall, erklärten die Organisationen.

„Wir wissen, dass sich das Bundesamt in einer historisch bisher einmaligen Situation befindet und sehen mit großer Anerkennung die Leistung, diese Herausforderung zu meistern“, sagte Diakonie-Vorstand Maria Loheide. Sie begrüßte zügige Verfahren, mahnte aber, dies dürfe nicht zulasten der Qualität gehen.

Aufgrund des großen Andrangs von Flüchtlingen kam das für Asylanträge zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im vergangenen Jahr der Bearbeitung bei weitem nicht mehr hinterher. Die Zahl der Mitarbeiter wurde seither verdreifacht. Amtsleiter Frank-Jürgen Weise hat zudem die Einrichtung von Ankunftszentren auf den Weg gebracht, in denen möglichst innerhalb von 48 Stunden Antragstellung, Anhörung und Entscheidung vonstatten gehen sollen.

Das geschieht nach den Schilderungen mitunter auch ohne Rücksicht auf die persönlichen Umstände. Marx berichtete von einer Familie, die angehört werden sollte: Die Frau war hochschwanger, musste am Morgen der Anhörung zur Entbindung ins Krankenhaus gebracht werden. Ihr Mann und die weiteren Kinder mussten dennoch im Zentrum bleiben und zur Anhörung, während sich die Frau später sogar rechtfertigen sollte, warum sie nicht erschien. „Einfachste Kriterien der Verfahrensgerechtigkeit werden missachtet“, kritisiert Marx. Die Organisationen wollen nun über Verbesserungen in den Verfahren mit dem Bundesamt ins Gespräch kommen.

### **De Maizière für „behutsame“ Abschiebungen nach Afghanistan**

Bundesinnenminister für zentrale Koordination von Rückführungen

Abschiebungen nach Afghanistan, mehr Schutz für Einsatzkräfte und eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Ländern. Darum ging es bei der Herbstkonferenz der Innenminister in Saarbrücken. Auch eine zentrale Stelle für Abschiebungen ist im Gespräch.

Saarbrücken (epd). Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) wirbt für „behutsame“ Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern nach Afghanistan.

## Gesellschaft

„Wir können nicht deutsche Soldaten und Polizisten ins Land schicken, die für mehr Sicherheit sorgen“ und dann afghanische Asylbewerber in Deutschland lassen, sagte er am Mittwoch zum Abschluss der Innenministerkonferenz in Saarbrücken. Gleichzeitig warb er für eine zentrale Stelle zur bundesweiten Koordination von Abschiebungen.

Die Sicherheitslage in Afghanistan sei kompliziert, aber auch die Regierung in Kabul stimme Rückführungen zu, erklärte der Bundesinnenminister. Im Auftrag der Innenminister von Bund und Ländern werde er aber auch noch einmal Stellungnahmen von Hilfswerken wie UNHCR einholen, erklärte er.

Mit einer bundesweiten Koordinationsstelle für Rückführungen sollen laut de Maizière beispielsweise praktische Fragen der Zusammenarbeit geklärt werden, etwa wer wann mit welchem Flugzeug fliegt. Vor allem nordafrikanische Herkunftsländer müssten über Abkommen stärker überzeugt werden, Menschen zurückzunehmen.

„Wenn man abschiebt, reisen auch mehr freiwillig aus“, erklärte de Maizière. Für einen abgeschobenen Menschen verließen zwei weitere freiwillig das Land. Diese freiwillige Ausreise müsse durch finanzielle Anreize ausgebaut werden, betonte der Bundesinnenminister. Dabei dürfe der finanzielle Anreiz aber nicht so hoch sein, dass deswegen mehr Menschen nach Deutschland kämen. De Maizière geht davon aus, dass von den über eine Million Menschen, die 2015 und 2016 nach Deutschland gekommen sind, rund 500.000 keinen Asylstatus bekommen.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) sprach sich bei den Abschiebungen für eine bessere Anwendung des bestehenden Rechts aus. „Der gesetzliche Rahmen ist ausreichend“, sagte er. Probleme gebe es vielmehr mit einzelnen Menschen, deren Identität nicht festzustellen sei. Die Willkommenskultur könne aber nur aufrecht erhalten werden, wenn man sich um die Schutzbedürftigen kümmere und die anderen ausweise. Die Bürger müssten sehen, dass der Staat handlungsfähig sei, um das Vertrauen nicht zu beeinträchtigen.

Zum besseren Schutz von Einsatzkräften wie Polizei und Feuerwehr vor Übergriffen haben sich die Innenminister für eine Mindestfreiheitsstrafe von sechs Monaten ausgesprochen. „Damit ist keine Umwandlung in Geldstrafen möglich“, sagte der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Klaus Bouillon (CDU). Das solle abschreckender auf mögliche Täter wirken.

Des Weiteren beschlossen die Innenminister die sogenannte Saarbrücker Agenda zur Informationsarchitektur der Polizei. „Das ist ein Quantensprung“, erklärte Saar-Innenminister Bouillon. Erstmals sollen so die 19 verschiedenen Systeme zur Erfassung von Straftätern bundesweit vereinheitlicht werden. Damit solle jeder Polizist zu jeder Zeit sehen können, ob ein Kollege in einem anderen Bundesland gegen die gleiche Person ermittle.

Die Innenministerkonferenz wird noch bis Jahresende vom saarländischen Ressortchef Bouillon geleitet. Die Innenminister tagten am Dienstag und Mittwoch in Saarbrücken. Insgesamt standen 35 Punkte auf der Tagesordnung, bei denen laut Bouillon in allen Einigkeit erzielt werden konnte. Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) wird 2017 den Vorsitz übernehmen.

## **Oberverwaltungsgericht lehnt Abschiebungen nach Ungarn ab**

Lüneburg (epd). Das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht in Lüneburg hält Abschiebungen von Asylbewerbern nach Ungarn für unzulässig. Die Richter wiesen einen Berufungsantrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zurück, dass einen Asylbewerber aus dem Kosovo gemäß dem sogenannten Dublin-Verfahren nach Ungarn überstellen wollte, wie das Oberverwaltungsgericht am Dienstag mitteilte. Das Asylverfahren in Ungarn weise „systemische Mängel“ auf, urteilten die Richter. Der Kosovare müsse damit rechnen, dort unmenschlich oder erniedrigend behandelt zu werden (AZ: 8 LB 92/15).

Dem Asylbewerber drohe bei einer Rücküberstellung nach Ungarn eine Haft ohne individualisierte Prüfung von Haftgründen. Die Haftbedingungen in den ungarischen Asylhaftanstalten ließen erhebliche Mängel und Missstände erkennen. Es sei auch nicht auszuschließen, dass Dublin-Rückkehrer dort ohne inhaltliche Prüfung ihrer Asylanträge weiter nach Serbien abgeschoben würden. Auch dort gebe es kein Asylverfahren, das eine inhaltliche Prüfung der Fluchtgründe garantiere.

Der alleinstehende Kosovare war 2013 über Ungarn nach Deutschland eingereist und hatte hier einen Asylantrag gestellt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge lehnte den Antrag jedoch ab und ordnete die Abschiebung des Mannes nach Ungarn an. Der Asylbewerber klagte daraufhin vor dem Verwaltungsgericht Hannover und bekam Recht.

Der 8. Senat des Oberverwaltungsgerichts bestätigte die Sicht der hannoverschen Richter. Das Bundesamt kann nun Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einlegen.

## **NRW-Schulministerin entlässt Berater für Islam-Unterricht**

Düsseldorf (epd). Wegen umstrittener politischer Äußerungen im Internet hat die nordrhein-westfälische Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) ein Mitglied des Beirats für den islamischen Religionsunterricht abberufen. Die Äußerungen des Mannes auf Facebook seien geeignet, das Vertrauen in die Arbeit des Beirats zu untergraben und dessen Ansehen zu schaden, sagte eine Ministeriumssprecherin am Mittwoch dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Düsseldorf. Um die

## Gesellschaft

ungestörte Arbeit des Gremiums zu gewährleisten, habe die Ministerin entschieden, den Mann aus dem Beirat zu entlassen. Die Sprecherin bestätigte damit einen Bericht der „Rheinischen Post“.

Der achtköpfige Beirat setzt sich aus Vertretern von vier muslimischen Verbänden und vier Islamexperten zusammen. Der jetzt abberufene Mann war einer der Islamexperten. Der ehrenamtliche Berater, ein Islamwissenschaftler, habe auf seiner Facebook-Seite fragwürdige politische Positionen vertreten und umstrittene externe Beiträge verlinkt, hieß es. Darin seien unter anderem aus türkischen Regierungskreisen deutsche Medien als „Regierungsjournalismus“ und „Lügenpresse“ bezeichnet worden. In einem anderen Beitrag sei der Einsturz des World Trade Centers am 11. September 2001 als Ergebnis einer kontrollierten Sprengung dargestellt worden.

Der Berater äußerte sich auf Facebook empört über das Vorgehen des Ministeriums. „Seit wann ist ein Kommentar zu diesem oder jenem Thema ein Vergehen, solange es im Rahmen des Gesetzes bleibt?“, schrieb er. Politische Meinungsäußerung sei doch „ein Zeichen der gelungenen Integration und Identifikation mit den Belangen der hiesigen Gesellschaft“.

Die Sprecherin des Schulministeriums betonte, Löhrmann habe sich bereits nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei im Sommer besorgt über die Entwicklung gezeigt. Sie habe angekündigt, die Rolle des Islamverbands Ditib (Türkisch-Islamische Union), der ebenfalls in dem Beirat vertreten ist, kritisch und wachsam zu beobachten. Die Ditib, der mit Abstand größte islamische Verband in Deutschland, steht wegen ihrer engen Verflechtung mit dem türkischen Staat in der Kritik.

An der Zusammenarbeit mit dem Beirat wolle Löhrmann festhalten, betonte die Sprecherin: „Es gibt da keine Beanstandungen, der Beirat hat sachgerecht gearbeitet.“ Der nun abberufene Berater habe sich in dem Gremium unauffällig verhalten. Ein Nachfolger solle in Abstimmung mit den islamischen Verbänden zeitnah benannt werden. Der Beirat für den islamischen Religionsunterricht für rund 300.000 Schüler muslimischen Glaubens in NRW hat eine ähnliche Rolle wie die Kirchen beim katholischen oder evangelischen Religionsunterricht. Nordrhein-Westfalen hatte zum Schuljahr 2012/13 als erstes Bundesland den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht als Regelfach an öffentlichen Schulen eingeführt.

## Gesellschaft

## „Mischen Sie sich hier ein!“

Der Bundespräsident ruft Einwanderer zu ihrer Bürgerpflicht auf

Von Jens Bayer-Gimm (epd)

**Bundespräsident Gauck lässt sich von Schülern in Offenbach erklären, wie die Integration von Einwanderern an Schulen funktioniert. Er selbst richtet ernste Worte an die Einwanderer: Auch sie haben die Pflicht zur Verteidigung der Demokratie.**

Offenbach (epd). „Ich will den Bundespräsidenten sehen“, sagt Victor Leca. „Und ich will meine Schule repräsentieren“, ergänzt Emma Gyuraki. Victor ist vor zwei Jahren aus Moldawien nach Deutschland gekommen, Emma vor einem Jahr aus Ungarn. Beide sprechen mit Akzent, aber fließend Deutsch. Sie gehören zu rund 20 ausgewählten Schülern, die Joachim Gauck am Dienstag in der Theodor-Heuss-Schule in Offenbach am Main trifft. Kurz vor Ende seiner Amtszeit will der Bundespräsident über Integration sprechen. Der Ort ist Programm: Offenbach hat einen Ausländeranteil von 37 Prozent, die meisten Schüler kommen aus Einwandererfamilien aus aller Welt.

Der Hof ist quer abgesperrt, die Schüler drängen sich dicht am Absperrband. Als die Limousine des Bundespräsidenten vorfährt, brandet Beifall auf. In der Schulbücherei begrüßt Gauck in Begleitung seiner Lebenspartnerin Daniela Schadt die ausgewählten Schüler: „Hallo, guten Morgen!“ Die Mädchen und Jungen aus drei Schulen präsentieren ihre Projekte, die die Integration fördern: Schüler als Schiedsrichter, Theater gegen Rassismus, interkulturelle Schulband, Berufsvorbereitung, Schulpaten.

Vertreter der Theodor-Heuss-Schule stellen das Projekt „Verschiedenheit achten - Gemeinschaft stärken“ vor. Seit 2008 unterrichten dabei evangelische, katholische und islamische Religionslehrer gemeinsam. „Wir müssen aus dem Bereich, den wir als Gruppe zugewiesen bekommen haben, ausbrechen, um Begegnung zu finden“, sagt ein Schüler. „Die Schüler haben gelernt, dass sie bleiben können, wie sie sind, und dass sie daher auch die anderen respektieren können“, fasst die Mitgründerin, die evangelische Schulpfarrerin Carolin Simon-Winter, zusammen.

„Gibt es denn keine Spinner, keine Faulpelze, keine Cliques bei euch?“ fragt der Bundespräsident. „Das sind nur Einzelne“, antworten die Schüler. „Gruppen können Druck ausüben, da muss man den Mut aufbringen, sich zu widersetzen.“ „Ich bin überrascht, wie gut ihr drauf seid, ernsthaft und locker“, erwidert Gauck. Die Schüler zeigten, dass Einwanderer „nicht nur gegen Wände laufen“.

In seiner Rede in der Schulaula nimmt der Bundespräsident vor allem die Einwanderer in die Pflicht. Sie müssten gemeinsam mit den Deutschen Extremismus und Terrorismus bekämpfen. „Wir müssen Demokratie und Menschenrechte gemeinsam verteidigen“, sagt Gauck. Dabei zähle nicht die Herkunft, sondern die Haltung. „Die entscheidende Trennlinie verläuft zwischen denen, die für eine offene,

## Gesellschaft

demokratische Gesellschaft sind, und denen, die sie nur ausnutzen, um Hass, Zwietracht und Gewalt zu säen.“

Das Grundgesetz schützt nach den Worten des Bundespräsidenten alle Bürger, aber es sei auch für alle Bürger verpflichtend. Die Gesellschaft dürfe einen Widerspruch gegen Grundwerte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder die säkulare Verfassung des Staates nicht hinnehmen. Einwanderer dürften nicht fremdenfeindlich attackiert werden, betont Gauck. Aber sie dürften auch nicht alleine gelassen werden, wenn sie aus grundrechtswidrigen Normen des Herkunftslandes wie etwa einer Zwangsheirat ausbrechen wollten. „Parallelgesellschaften können sich als Sackgasse erweisen, wenn Einwanderer die Begegnung mit der Mehrheitsgesellschaft vermeiden.“

Einwanderer sollten weiter ihre Kultur pflegen dürfen, unterstreicht der Bundespräsident. Menschen mit zwei Kulturen seien wichtig, weil sie Fremde an die Gesellschaft heranführen könnten. Gauck fordert Einwanderer auf: „Mischen Sie sich hier ein, gestalten Sie die Zukunft für alle mit!“ Noch gebe es zu wenige Einwanderer in Parteien, Stadträten und Elternbeiräten. „Wenn Zuwanderer sich vor allem als Opfer von Diskriminierung verstehen, bringen sie sich um ihre Potenziale“, sagt Gauck. Letztlich hänge es vom Willen des Einzelnen ab, ob er ein Teil der Gesellschaft werden wolle. „Wer sich integrieren möchte, schafft es auch“, sagt Gauck: „Wir müssen mehr miteinander tun, damit dieses Land liebenswert bleibt.“

## Niederländisches Parlament beschließt Burka-Verbot

Den Haag (epd). Die Niederlande führen ein Burka-Verbot für öffentliche Gebäude ein. Das Parlament in Den Haag verabschiedete am Dienstag ein entsprechendes Gesetz, das das Tragen von gesichtsbedeckender Kleidung im öffentlichen Nahverkehr, in Krankenhäusern, Schulen, Gerichten und anderen öffentlichen Einrichtungen verbietet. Bei einem Verstoß kann eine Strafe von bis zu 400 Euro verhängt werden.

Unter das Verbot fallen neben Ganzkörperschleiern - sogenannten Burkas - auch Nikabs, also Gesichtsschleier, bei denen die Augen in der Regel sichtbar sind, Bivak-Mützen und Motorradhelme. In dem Gesetz heißt es, ein Verbot sei nötig, weil in bestimmten Situationen Augenkontakt gewährleistet sein müsse.

Das am Dienstag verabschiedete Gesetz ist umstritten. Das höchste niederländische Gericht hatte sich in einer Empfehlung gegen ein solches Verbot ausgesprochen. Der Senat muss dem Gesetz noch zustimmen.

Zu einem freien Leben in den Niederlanden gehöre die Freiheit, sich zu kleiden, wie man wolle, heißt es im Gesetzestext. Diese Freiheit finde jedoch in Situationen ihre Grenzen, in denen Augenkontakt unerlässlich ist. In einem ursprünglichen Vorschlag

hatten Befürworter um den Rechtspopulisten Geert Wilders ein komplettes Verbot in der Öffentlichkeit gefordert. In anderen Ländern, beispielsweise in Frankreich, gelten bereits ähnliche Gesetze.

## **Urteil gegen „Pegida“-Chef wegen Volksverhetzung hat Bestand**

Verteidigung und Anklage nehmen Berufung zurück

Dresden (epd). Die Verurteilung von „Pegida“-Chef Lutz Bachmann wegen Volksverhetzung hat Bestand. In einer Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Dresden nahmen am Mittwoch sowohl die Verteidigung als auch die Anklage ihre Berufung gegen die Höhe des Strafmaßes zurück. Das Amtsgericht Dresden hatte im Mai 2016 eine Strafe in Höhe von 120 Tagessätzen zu je 80 Euro gegen den 43-Jährigen verhängt, in Summe 9.600 Euro.

Diese Entscheidung könne man „gut vertreten“, sagte Richter Martin Schultze-Griebler in der Berufungsverhandlung. Bachmann hatte im September 2014 in einem Eintrag auf Facebook Flüchtlinge als „Gelumpe“, „Dreckspack“ und „Viehzeug“ bezeichnet.

Zunächst hatte der Chef der fremdenfeindlichen „Pegida“-Bewegung bestritten, Verfasser des Textes zu sein. Erst Anfang November legte Bachmann ein nachträgliches Geständnis ab. Das Landgericht hatte deshalb ursprünglich nur noch darüber zu verhandeln, ob die Höhe der Strafe angemessen ist. Bachmann war am Mittwoch nicht im Gerichtssaal anwesend.

Der „Pegida“-Chef lebt derzeit auf der Ferieninsel Teneriffa. Für die „Pegida“-Kundgebungen fliegt er regelmäßig nach Dresden. Allerdings verbot ihm die Stadtverwaltung, die montäglichen Versammlungen zu leiten. Auch in seiner Wahlheimat ist Bachmann umstritten, das Inselparlament erklärte ihn kürzlich zur „unerwünschten Person“. Wegen anderer Delikte wie Diebstahl und Drogenhandel stand Bachmann bereits mehrfach vor Gericht.

## **Großrazzia gegen Dresdner Neonazi-Szene**

Dresden/Leipzig (epd). Sechs mutmaßliche Mitglieder der rechtsextremen „Freien Kameradschaft Dresden“ sind am Mittwoch festgenommen worden. Wie das für Extremismus in Sachsen zuständige Operative Abwehrzentrum (OAZ) in Leipzig und die Generalstaatsanwaltschaft Dresden mitteilten, seien zuvor im Raum Dresden und Heidenau insgesamt 18 Wohnungen sowie ein weiteres Objekt durchsucht worden. Die Ermittlungen gegen die Gruppe, zu der insgesamt 17 Mitglieder gehören sollen, laufen bereits seit Juni 2015.



## Gesellschaft

Einige Mitglieder der Kameradschaft sollen an Übergriffen auf Asylunterkünfte in Freital, Heidenau und Dresden beteiligt gewesen sein. Die Neonazi-Gruppe steht den Angaben zufolge im Verdacht, insgesamt 14 Straftaten verübt zu haben.

Bei den Mitgliedern handele es sich laut OAZ-Angaben um 15 Männer und zwei Frauen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren. Ihnen werden unter anderem eine Sprengstoffexplosion, versuchte Brandstiftung, Landfriedensbruch im besonders schweren Fall sowie Körperverletzungen und Sachbeschädigungen vorgeworfen. Im Laufe des Tages sollten die Festgenommenen dem Haftrichter vorgeführt werden.

### Entzug des Waffenscheins bei Mitglied von Rockerclub rechts

Aachen (epd). Wegen der Mitgliedschaft in einem gewaltbereiten Rockerclub darf einem Mann der Waffenschein entzogen werden. Es sei wahrscheinlich, dass er Waffen und Munition missbräuchlich oder leichtfertig verwende oder sie Unberechtigten überlasse, erklärte das Verwaltungsgericht Aachen in einem am Dienstag veröffentlichten Beschluss. Die Richter wiesen damit einen Eilantrag des Mannes gegen das Vorgehen des Kreises Euskirchen zurück (AZ: 6 L 858/16). Dieser hatte dem Antragsteller wegen dessen Mitgliedschaft im Rockerclub „Gremium MC“ mehrere Waffenscheine entzogen.

Zur Begründung erklärte das Gericht, dem Euskirchener fehle die erforderliche persönliche Zuverlässigkeit. Der Rockerclub „Gremium“ gehöre neben den „Hells Angels“, den „Bandidos“ und anderen zu den „Outlaw Motorcycle Gangs“. Bei diesen handele es sich um polizeilich besonders relevante Rockergruppen, die sich von 99 Prozent aller Motorradclubs dadurch abgrenzten, dass ihre Mitglieder häufig eine besondere Nähe zur organisierten Kriminalität aufwiesen, insbesondere zum Rotlichtmilieu sowie dem Drogen- und Waffenhandel. Die Mitglieder stünden ihrem Selbstverständnis nach außerhalb des Gesetzes.

Gegen den Beschluss kann der Antragsteller Beschwerde einlegen, über die das Oberverwaltungsgericht in Münster entscheidet.

### Verstöße gegen Kennzeichnung von Lebensmitteln nehmen zu

Berlin (epd). Verstöße gegen die Pflicht zur Kennzeichnung von Lebensmittel-Inhaltsstoffen haben im vergangenen Jahr erheblich zugenommen. Bei den Betriebskontrollen sei die Beanstandungsquote von 17,9 Prozent im Jahr 2014 auf 26,1 Prozent im vergangenen Jahr gestiegen, teilte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit am Mittwoch in Berlin mit.

Die erhöhte Beanstandungsquote sei auf das Inkrafttreten der Lebensmittelinformationsverordnung im Dezember 2014 zurückzuführen. Seitdem müssen bestimmte Angaben, insbesondere zu Zutaten, die Allergien und Unverträglichkeiten beim Verbraucher auslösen können, besser kenntlich gemacht werden.

Die Lebensmittelüberwachung hatte nach eigenen Angaben 2015 ein verstärktes Augenmerk auf die Einhaltung der neuen Bestimmungen gelegt. Insbesondere kleinere Hersteller wie Bäckereien, Metzgereien und Eisdieleen sowie gastronomische Betriebe seien dabei durch eine ungenügende Allergenkennzeichnung aufgefallen.

## Sachsen will Wolfsschutz lockern

Dresden (epd). Sachsen will den Schutzstatus für den Wolf unter bestimmten Bedingungen einschränken. Generell sei ein behördlich angeordneter Wolfs-Abschuss „absolut kein Tabu“ mehr, sagte der sächsische Umweltminister Thomas Schmidt (CDU) in einem Interview mit der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Zeitung“ (Mittwochsausgabe). Der Schutzstatus könne herabgestuft werden, wenn ein guter Erhaltungszustand erreicht ist.

Wenn ein Wolf zur Gefahr für den Menschen werde, müsse gehandelt werden, ebenso wenn Wölfe trotz der vorgegebenen Schutzmaßnahmen immer wieder Nutztiere reißen, sagte der Minister. In Sachsen seien Angriffe auf Menschen bisher noch nicht vorgekommen. Nach zahlreichen Wolfsangriffen auf Nutztiere in der Lausitz mehren sich die Forderungen von Tierhaltern und dem Landesbauernverband, den Schutzstatus des Wolfes herabzusetzen und sogenannte Problem-Wölfe zu töten.

Schmidt kündigte an, dass Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern auf der Jahreskonferenz der Umweltminister in Berlin einen Antrag einbringen werden. Darin werde die Bundesregierung gebeten, die Gesamtentwicklung der Wölfe in Deutschland einzuschätzen und den Erhaltungszustand der Wolfs-Population zu bewerten.

Bisher stehen Wölfe in den Ländern der Europäischen Union generell unter strengem Artenschutz. Der könnte nach Ansicht des Ministers sein Ziel aber inzwischen erreicht haben - zumindest in Deutschland. „Tatsache ist, dass sich das Wolfsvorkommen in Deutschland sehr dynamisch entwickelt“, sagte Schmidt.

## Tierschutzbund: Tiere sind kein Weihnachtsgeschenk

Bonn (epd). Lebende Tiere eignen sich nach Ansicht des Tierschutzbundes nicht als Weihnachtsgeschenk. „Ein Tier ist kein Pullover und kein Spielzeug, keine

## Gesellschaft

Sache, die ich einfach umtauschen kann, wenn sie nicht passend ist oder nicht gefällt“, erklärte Tierschutzpräsident Thomas Schröder am Mittwoch in Bonn. Mit einem Tier übernehme man die Verantwortung für ein Lebewesen und müsse auch bereit sein, diese zu tragen, solange das Tier lebt.

Jedes Jahr landeten fast 300.000 neue Tiere in den Tierheimen des Tierschutzbundes, sagte Schröder. „Viele davon wurden unüberlegt angeschafft, oftmals auch zu Weihnachten.“ Oft bemerkten Eltern zu spät, dass ein Großteil der Versorgung wie Füttern, Gehegereinigung oder Gassigehen an ihnen hängen bleibt. Eltern müsse klar sein, dass ein Kind nie allein die Verantwortung für ein Tier tragen könne, mahnte der Tierschutzpräsident.

Interessenten sollten sich vor der Anschaffung intensiv mit der Tierart befassen, rät der Tierschutzbund. Auch nach reiflicher Überlegung sollte ein Tier möglichst nicht zur Weihnachtszeit aufgenommen werden. Der Trubel und die Hektik erschweren es dem Tier, sich an sein neues Zuhause zu gewöhnen.

## UN fordern Ermittlungen zu Kriegsverbrechen in Aleppo

Genf (epd). Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Seid Ra'ad al-Hussein, hat internationale Ermittlungen zu der Belagerung und dem Beschuss von Aleppo gefordert. Das syrische Assad-Regime verweigere Experten seiner Behörde, die zu Kriegsverbrechen ermitteln sollen, die Einreise, erklärte der UN-Hochkommissar am Mittwoch in Genf. Das Einreiseverbot sei schockierend.

Der Jordanier Seid betonte, dass die Regierung des Machthabers Baschar al-Assad mit der Belagerung und dem Aushungern von Ost-Aleppo für einen „Alptraum“ verantwortlich sei und die grundlegenden Menschenrechte verletze. Die schätzungsweise 250.000 Menschen in Ost-Aleppo seien das Opfer eines intensivierten Bombardements, ihnen werde bewusst Nahrung und medizinische Hilfe vorenthalten. Viele Menschen warteten nur noch auf den Tod.

Die Truppen des Assad-Regimes und ihre russischen Verbündeten zielen auf die vollständige Eroberung Ost-Aleppos, das zu großen Teilen noch von Rebellen gehalten wird. Anfang der Woche meldeten die Assad-Einheiten Erfolge bei ihrer Offensive.

In Syriens Bürgerkrieg kämpfen das Assad-Regime, Rebellengruppen und Terrormilizen um die Macht. Hunderttausende Menschen kamen seit Beginn der Kämpfe 2011 ums Leben. Millionen Männer, Frauen und Kinder sind auf der Flucht.

## Rotes Kreuz fordert Sicherheitsgarantien für Helfer in Aleppo

Oldenburg (epd). Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) hat von den Konfliktparteien in Syrien Sicherheitsgarantien gefordert, damit für die Menschen in Aleppo humanitäre Hilfe geleistet werden kann. Die Hilfsorganisation rufe alle Seiten dazu auf, sichere Fluchtwege zu garantieren sowie eine grundlegende Versorgung der Menschen mit Nahrung, Obdach, sauberem Trinkwasser und medizinischer Versorgung zuzulassen, sagte DRK-Präsident Rudolf Seiters der Oldenburger Nordwest-Zeitung (Mittwochsausgabe).

Das Rote Kreuz und die Partnerorganisation Roter Halbmond stünden bereit, um dringend benötigte Lebensmittel zu liefern, Menschen medizinisch zu versorgen sowie Verwundete und Kranke zu evakuieren. Sie könnten jedoch seit Monaten im Osten Aleppos keine Hilfe leisten, weil bislang keine der Konfliktparteien Sicherheitsgarantien gebe.

Die humanitäre Tragödie in Aleppo verschärft sich zusehends. Das Schicksal der Zivilisten in den umkämpften Gebieten der nordsyrischen Stadt sei zutiefst alarmierend, mahnten die Vereinten Nationen jüngst. Im Syrien-Konflikt kämpfen das Assad-Regime, Rebellengruppen und Terrormilizen um die Macht. Hunderttausende Menschen kamen ums Leben, Millionen Männer, Frauen und Kinder sind auf der Flucht.

## Behinderte profitieren kaum von sinkender Arbeitslosigkeit

**Inklusion kommt nur langsam voran**

Köln (epd). Der Schwung am Arbeitsmarkt geht an Menschen mit Behinderung fast völlig vorbei: Sie haben es bei der Jobsuche weiterhin erheblich schwerer als Arbeitslose ohne Handicap, wie aus dem sogenannten Inklusionsbarometer Arbeit hervorgeht, das die „Aktion Mensch“ und das Handelsblatt Research Institute (HRI) am Mittwoch in Köln vorstellten. Danach ist die Arbeitslosenquote Schwerbehinderter mit 13,4 Prozent noch immer doppelt so hoch wie die allgemeine Quote von 6,8 Prozent. Behinderte Erwerbslose suchen zudem gut hundert Tage länger nach einer Stelle als Arbeitslose ohne Handicap.

Die Zahl der Arbeitslosen mit Behinderung ging in diesem Jahr gegenüber 2015 nur leicht zurück, sie sank um 2.300 auf 178.800 Betroffene. „Die positiven Veränderungen am allgemeinen Arbeitsmarkt wirken sich nicht automatisch auch für Menschen mit Behinderung positiv aus“, sagte der Präsident des HRI, der ehemalige „Wirtschaftsweise“ Bert Rürup.

Die „Aktion Mensch“ macht vor allem bürokratische Hürden und fehlendes Wissen für die hohe Arbeitslosigkeit von Behinderten verantwortlich. So wüssten

Gesellschaft

Soziales

## Soziales

nur 62 Prozent der Chefs kleiner Unternehmen, dass sie staatliche Förderung bekommen können. Von ihnen nutze wiederum nur die Hälfte die Förderung. „Kleine Unternehmen haben nicht die Zeit, sich auf kompliziertem Wege und über verschiedene Antragsstellen eine Finanzspritze zu holen“, sagte Armin von Buttlar, Vorstand der „Aktion Mensch“. Die Förderung müsse aus einer Hand kommen und den Firmen schneller zufließen, forderte er.

Als problematisch wertet die „Aktion Mensch“, dass in allen sechs untersuchten Regionen Deutschlands Schwerbehinderte im Vergleich zu ihren nicht behinderten Mitbewerbern viel länger nach einer neuen Arbeit suchen. So waren sie in Bayern 120 Tage länger als Nichtbehinderte auf Jobsuche (Vorjahr: 117 Tage), in Baden-Württemberg 118 Tage länger (Vorjahr: 110 Tage) und in Nordrhein-Westfalen 112 Tage länger (Vorjahr: 104 Tage).

Laut Inklusionsbarometer bleiben nach wie vor rund 60 Prozent der Arbeitgeber in Deutschland unter der geforderten Einstellungsquote für Menschen mit Behinderung von fünf Prozent. Diese Regelung gilt für Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten. Wer die Quote nicht erreicht, muss eine gesetzliche Ausgleichsabgabe zahlen. Immerhin liege die Beschäftigtenquote von Menschen mit Behinderung inzwischen bei 4,7 Prozent und nähere sich damit dem gesetzlich vorgeschriebenen Wert von fünf Prozent an, hieß es. Zudem seien inzwischen 80 Prozent der befragten Unternehmen barrierefrei.

Eine merkliche Verbesserung stellte die Untersuchung beim Inklusionsklima fest. Es spiegelt die persönliche Einschätzung von Arbeitgebern und behinderten Beschäftigten wider. Am besten ist die Stimmung in der Mitte Deutschlands, gefolgt vom Norden und dem Süden der Bundesrepublik. Nordrhein-Westfalen belegt Platz vier, das Schlusslicht bilden die östlichen Bundesländer. Bei der Akzeptanz innerhalb des Kollegenkreises landet NRW mit einer Zustimmung von 91 Prozent auf Platz 1 unter allen Regionen, bundesweit beträgt dieser Wert im Durchschnitt 88 Prozent.

Als Chance für den Arbeitsmarkt sehen Arbeitnehmer wie Arbeitgeber die zunehmende Digitalisierung an. „Mit Hilfe von Assistenzsystemen und durch Automatisierung können Menschen mit Behinderung stärker vom Aufschwung am Arbeitsmarkt profitieren“, sagte von Buttlar. Vorteile der Digitalisierung werden auch in einer besseren Nutzung von externem Wissen gesehen. Zugleich meinen allerdings 89 Prozent der Arbeitgeber, dass eine stärkere Digitalisierung keinen Einfluss darauf hat, ob ein Unternehmen mehr oder weniger Menschen mit Behinderungen einstellt.

Für das Inklusionsbarometer wurde zum vierten Mal seit 2013 die Situation von Menschen mit Behinderung am ersten Arbeitsmarkt unter die Lupe genommen. Für die Studie wurden 500 mittelständische Unternehmen und rund 800 Beschäftigte

mit Behinderung befragt. Dazu flossen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit und der Integrationsämter in die Bewertung ein.

## Behindertenverbände begrüßen Korrekturen an Reform

Berlin (epd). Behindertenverbände haben die Korrekturen der Koalition am Bundesteilhabegesetz begrüßt. Der Vorstandsvorsitzende des Bundesverbandes evangelische Behindertenhilfe, Uwe Mletzko, zog am Mittwoch in Berlin aber eine nüchterne Bilanz. Mit großem Kraftaufwand sei es gelungen, Verschlechterungen abzuwenden, sagte er dem Evangelischen Pressedienst (epd) am Mittwoch in Berlin.

Die Reform der Behindertenhilfe soll am Donnerstag vom Bundestag verabschiedet werden. Mletzko zufolge gehört zu den wichtigsten Korrekturen, dass behinderte Menschen weiterhin Pflegeleistungen und Eingliederungshilfe parallel beziehen können. Im Gesetzgebungsverfahren war zunächst ein Vorrang für Pflegeleistungen festgelegt worden. Das hätte dazu geführt, dass behinderte Pflegebedürftige Ansprüche auf Assistenzleistungen zur Alltagsbewältigung kaum noch hätten geltend machen können.

Abgewendet worden sei auch die vorschnelle Einführung von Kategorien, die viele behinderte Menschen von Assistenzleistungen ausgeschlossen hätten, sagte Mletzko. Das hätte etwa Blinde und Rollstuhlfahrer getroffen.

Die Bundesvorsitzende der Lebenshilfe und Vizepräsidentin des Bundestages, Ulla Schmidt (SPD), erklärte: „Die Abgeordneten haben unsere Forderungen aufgenommen.“ Zwar enthalte das Gesetz auch Regelungen, die die Erwartungen der Lebenshilfe und anderer Behindertenverbände nicht erfüllten. Gleichwohl sei der Prozess der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen erfolgreich gewesen.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Christine Lambrecht, sprach von einer großen sozialpolitischen Reform. Die intensive Beteiligung der Betroffenen habe dazu geführt, dass während des Gesetzgebungsverfahrens vieles noch einmal auf den Prüfstand gekommen sei.

Die Reform der Eingliederungshilfe sieht Verbesserungen für behinderte Menschen vor, die im Alltag und am Arbeitsplatz Assistenzleistungen brauchen. Unter anderem können sie künftig Ersparnisse bilden und mehr Geld vom eigenen Einkommen und dem ihrer Ehepartner behalten. Die Leistungen werden aus der Sozialhilfe herausgelöst und im Behindertenrecht verankert. Sie sind nicht mehr an eine bestimmte Wohnform wie Heime oder Wohngruppen gebunden. Behinderte Menschen, die in Werkstätten arbeiten, erhalten mehr Geld, und ihr möglicher Wechsel auf den normalen Arbeitsmarkt wird stärker gefördert.

## Studie: Spendenorganisationen lassen Transparenz vermissen

Trend geht jedoch zu detaillierten Berichten über Arbeitsweise und Erfolge

Berlin (epd). Die große Mehrheit der Deutschen möchte einer aktuellen Studie zufolge genau wissen, wie Spendenorganisationen ihre Gelder einsetzen. Doch nur wenige Organisationen belegten, was sie mit Hilfe der Spenden konkret verändern, teilte das gemeinnützige Analyse- und Beratungshaus Phineo am Mittwoch in Berlin mit. Nur jede zweite von 50 analysierten Non-Profit-Organisationen erfülle die Ansprüche einer transparenten Verwendung ihrer Spendengelder. Das beste Prädikat errang die Kindernothilfe mit fünf Sternen, gefolgt von Oxfam (4,7) und Caritas International (4,4).

Umfragen zufolge erwarten 88 Prozent der Bürger, dass die Spendenorganisationen umfassend darüber informieren, wie die Gelder verwendet werden. Dieser Frage ging Phineo im Auftrag von „Spiegel Online“ in der Studie „Wirkungstransparenz bei Spendenorganisationen 2016“ nach. Dazu wurden 50 der bekanntesten deutschen Spendenorganisationen darauf hin analysiert, wie transparent sie über ihre Arbeit und die Wirkung dieser Arbeit berichten. Das daraus hervorgegangene Ranking veröffentlichte „Spiegel Online“ am Mittwoch.

Demnach informieren 54 Prozent der untersuchten Organisationen insgesamt sehr gut oder herausragend über ihre Arbeit. Bei der Vergleichsstudie vor zwei Jahren waren es noch 36 Prozent. Der Blick ins Detail zeigt aber: Nicht einmal jede zweite Organisation (22 von 50) dokumentiert systematisch, welche Veränderungen sie konkret dank der finanziellen Zuwendungen erreicht hat.

Insgesamt finden sich in diesem Jahr neun Organisationen neu im Ranking. Im Vergleich zum Vorjahr zeige sich eine erfreuliche Entwicklung, hieß es: Transparenz wird offenbar eine zunehmend größere Bedeutung zugemessen. Erreichten die Organisationen 2014 im Durchschnitt eine Bewertung von 3,3 von 5 möglichen Sternen, so sind es in diesem Jahr 3,6 Sterne - und das, obwohl die fünf transparentesten Organisationen aus dem Ranking 2014 diesmal nicht untersucht wurden. 27 von 50 der untersuchten Organisationen informieren sehr gut oder sogar herausragend über ihre Arbeit. Vor zwei Jahren waren es lediglich 18.

„Das sollte aber nicht darüber hinweg täuschen, dass viele Organisationen nicht darlegen, was sie mit den Geldern eigentlich bewegen“, erklärte der Leiter der Studie, Benjamin von der Ahe. „Wer spendet, will dass sein Geld etwas positiv verändert. In einem Spendenmarkt mit wachsenden Milliardenumsätzen sind die Organisationen deshalb in der Pflicht, ihre Wirkung nachzuweisen“, sagte der Experte.

Der Verein „Social Reporting Initiative“ bezeichnete das Verhalten vieler Geld sammelnder Organisationen als fragwürdig. Mit dem Social Reporting Standard (SRS) liege längst eine geeignete und kostenlose Strukturierungshilfe vor, die

## Soziales

"Organisationen jedweder Größe eine transparente Darstellung ihrer Wirkungen enorm erleichtert", erklärte Geschäftsführer Jan Engelmann. Der SRS bilde sowohl die Eckdaten zum organisatorischen Rahmen als auch Informationen über Angebote, Zielgruppen und erreichte Resultate einer Spendenorganisation ab.

Engelmann beklagte, dass es trotz vieler Bekenntnisse bei den NPO zur Wirkungsorientierung „häufig nur bei einem reinen Lippenbekenntnis bleibt, weil man den damit verbundenen Aufwand scheut“.

## Soziales

### Gesetz zum Unterhaltsvorschuss verzögert sich

Zahlungen an Alleinerziehende könnten rückwirkend erfolgen

Alleinerziehende sollen länger unterstützt werden, wenn der Ex-Partner für die gemeinsamen Kinder keinen Unterhalt zahlt. Bund und Länder streiten aber über die Kosten. Auch Union und SPD sind sich nicht einig. Das Gesetz kommt später.

Berlin (epd). Die Unterhalts-Reform für Alleinerziehende verzögert sich. Dafür machten sich Union und SPD am Dienstag in Berlin gegenseitig verantwortlich. Zugleich versicherten Spitzenpolitiker beider Seiten, sie wollten die Verbesserungen für Alleinerziehende nicht gefährden. Geplant war bislang eine Ausweitung des Unterhaltsvorschusses zum 1. Januar 2017.

Als Kompromisslinie deutete sich an, dass die Alleinerziehenden die Zahlungen erst einige Monate später, aber rückwirkend bekommen könnten. Damit will man den Kommunen entgegenkommen, die die Reform umsetzen müssen. Bund und Länder können sich aber bisher nicht über die Aufteilung der zusätzlichen Ausgaben einigen.

Der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder (CDU) forderte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) und den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel auf, eine Einigung mit den Ländern herbeizuführen. „Die Länder müssen mitmachen“, sagte Kauder. So lange das nicht sicher sei, könne die Union den Gesetzentwurf nicht in den Bundestag einbringen.

Die SPD wiederum warf der Union vor, das Gesetzgebungsverfahren unnötig aufzuhalten und damit die Verbesserungen für Alleinerziehende zu gefährden. Schwesig erklärte zu dem Streit, sie sei sicher „das wir zwischen Bund und Ländern eine gute Lösung finden, wie die Ausweitung des Unterhaltsvorschusses umgesetzt werden kann“.

Den Unterhaltsvorschuss bekommen Alleinerziehende, deren Ex-Partner nicht für die gemeinsamen Kinder zahlt. Bislang erhalten die Kinder den Vorschuss vom Jugendamt bis zum 12. Geburtstag und höchstens sechs Jahre lang. SPD und Union sowie die Ministerpräsidenten der Länder haben sich verständigt, dass die



## Soziales

Befristung entfallen und der Anspruch bis zum 18. Lebensjahr ausgeweitet werden soll. Bei ihrem Streit geht es nun darum, wer die Kosten von knapp 800 Millionen Euro pro Jahr trägt.

Bundesweit beziehen 440.000 Eltern den Unterhaltsvorschuss, 90 Prozent sind alleinerziehende Mütter. Von der Reform würden laut Schwesig 260.000 Kinder profitieren. Die Länder gehen von deutlich höheren Zahlen aus. Sie tragen zwei Drittel der Kosten für den Unterhaltsvorschuss, der Bund ein Drittel. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat den Ländern angeboten, sie um 150 Millionen Euro zu entlasten, womit sie noch 380 Millionen Euro zu tragen hätten. Sie verlangen aber, der Bund solle die Kosten der Reform komplett übernehmen.

Eine Lösung könnte es frühestens am 8. Dezember geben, wenn Schäuble und die Ministerpräsidenten zu Beratungen über die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zusammenkommen. Schwesig und SPD-Chef Sigmar Gabriel haben mehrfach deutlich gemacht, dass die Einigung über die Unterhalts-Reform Bestandteil der Bund-Länder-Einigung über die Finanzen sein müsse.

Schwesig bekräftigte angesichts des Streits, Alleinerziehende müssten besser unterstützt werden - auch, um Kinderarmut zu vermeiden. In Deutschland leben 1,6 Millionen Alleinerziehende, das sind 20 Prozent aller Familien mit Kindern. Zwei Millionen Kinder wachsen in Ein-Eltern-Familien auf, zu 90 Prozent sind es die Mütter, die nach der Trennung für die Kinder sorgen. Ihr Armutsrisiko ist mehr als viermal so hoch wie das von Paarfamilien. Die Hälfte bekommt vom Ex-Partner gar keinen Unterhalt.

### **Nach Trennung kann Nachname des Kindes nicht einfach geändert werden**

Karlsruhe (epd). Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe hat entschieden, dass der Nachname eines Kindes nur unter bestimmten Bedingungen geändert werden kann. Eine Mutter scheiterte mit ihrem Anliegen, nach der Trennung von ihrem Partner dem gemeinsamen Kind ihren eigenen Nachnamen zu geben. Das sei kein Grund für eine Namensänderung, entschieden die Karlsruher Richter am Mittwoch. Eine Änderung des Familiennamens des Kindes sei nur zulässig, wenn dies „erforderlich“ sei und schwerwiegende Nachteile drohten, hieß es. (AZ: XII ZB 298/15)

Auch wenn selbst das Kind sich dauerhaft eine Änderung seines ausländischen Familiennamens wünscht, sei dieses Anliegen noch kein ausreichender Grund für eine Namensänderung, befand der BGH.

Im entschiedenen Fall hatte eine Mutter aus Niedersachsen nach der Trennung von ihrem Partner beantragt, dass das gemeinsame, heute sechsjährige Kind ihren

## Soziales

Nachnamen erhält. Bei der Geburt hatten sich die Eltern noch auf den Nachnamen des Vaters für das Kind geeinigt.

Der Sechsjährige wollte ebenfalls den Namen seiner Mutter annehmen, hat aber auch regelmäßig Kontakt zu seinem Vater. Der widersprach der Namensänderung, so dass die Mutter gerichtlich feststellen lassen wollte, dass der Junge ihren Namen tragen darf.

Das Oberlandesgericht Oldenburg entschied, dass es für das Kindeswohl besser sei, wenn das Kind den Nachnamen der Mutter trägt. Denn es lebe schließlich in deren Haushalt, hieß es zur Begründung.

Der BGH hob diese Entscheidung jetzt auf. Eine Namensänderung sei nur aus „wichtigem Grund“ gerechtfertigt. Es reiche nicht aus, dass die Namensänderung dem Kindeswohl diene, sie müsse vielmehr erforderlich sein.

Das sei bei schwerwiegenden Nachteilen für das Kind der Fall oder „die Namensänderung muss für das Kind solche Vorteile mit sich bringen, dass die Aufrechterhaltung des Namensbandes zum anderen Elternteil nicht zumutbar erscheint“. Schwerwiegende Nachteile, wie etwa Hänseleien wegen des Namens, gebe es hier nicht.

Es sei auch kein Problem, dass die Mutter einen anderen Nachnamen trage. „Denn eine Namensverschiedenheit zwischen Eltern und Kindern oder wischen zusammen aufwachsenden Kindern ist nicht ungewöhnlich“, betonte der BGH.

### **Regierungsbericht: Rentnerpaar hat im Durchschnitt 2.400 Euro Rente**

Berlin (epd). Die heutige Rentnergeneration steht relativ gut da. Das geht aus dem Alterssicherungsbericht hervor, den Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) am Mittwoch in Berlin zusammen mit dem Rentenversicherungsbericht 2016 dem Bundeskabinett vorgelegt hat. Danach verfügt ein Rentnerhepaar im Durchschnitt über eine monatliches Brutto-Haushaltseinkommen von 2.390 Euro. Alleinstehende haben 1.590 Euro brutto zur Verfügung. Von den Bezügen gehen Kranken- und Pflegekassenbeiträge ab.

Werden weitere Einkommensarten jenseits der Rente und privater Altersvorsorge hinzugerechnet, verfügen Ehepaare im Durchschnitt über 2.543 Euro netto, alleinstehende Männer über 1.614 Euro und Frauen über 1.420 Euro netto im Monat.

Der Alterssicherungsbericht wird einmal in jeder Legislaturperiode veröffentlicht. Er ergänzt den Rentenversicherungsbericht und gibt Auskunft über die Gesamteinkom-

men der Senioren und die Verbreitung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Dem Bericht zufolge beziehen gegenwärtig 20,8 Millionen Menschen eine Rente.

Von den Arbeitnehmern sorgen laut Alterssicherungsbericht rund 70 Prozent zusätzlich über eine Betriebsrente oder einen Riester-Vertrag vor, allerdings nur 47 Prozent der Geringverdiener, die besonders von Altersarmut bedroht sind.

## Ökonom Fuest kritisiert bedingungsloses Grundeinkommen

Hamburg (epd). Der Präsident des Münchner ifo-Instituts, Clemens Fuest, hat sich gegen die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ausgesprochen. Dies sei „nicht bezahlbar“, sagte Fuest der Wochenzeitung „Die Zeit“ (Ausgabe 1. Dezember). Außerdem würden die Menschen massenhaft aufhören zu arbeiten. „Mit einer sozialen Marktwirtschaft ist das unvereinbar.“ Siemens-Chef Joe Kaeser hatte sich kürzlich für ein bedingungsloses Grundeinkommen ausgesprochen.

„Wir haben ja schon ein Grundeinkommen - es ist allerdings nicht bedingungslos“, sagte Fuest. Der Staat zahle nur, wenn die persönlichen Mittel ausgeschöpft seien und es trotzdem nicht reiche. Das sei „eine Riesenernungenschaft“.

Das Argument, die Menschen würden auch ohne Lohn arbeiten, weil sie sich einbringen wollten, wies Fuest zurück. „Das Menschenbild ist sympathisch, es hat nur wenig mit dem wirklichen Menschen zu tun.“ Die Vorstellung, man arbeite, um kreativ zu sein und sich selbst zu verwirklichen, sei vor allem in bürgerlichen Kreisen verbreitet. Es gebe viele wichtige Jobs, die nur dann erledigt würden, wenn es finanzielle Anreize gibt.

## Studie: Weite Wege zum Facharzt im ländlichen Raum

Leverkusen (epd). Patienten, die außerhalb der großen Städte leben und zu einem Facharzt müssen, haben meist weite Wege zurückzulegen. „Bewohner von Dörfern mit weniger als 5.000 Einwohnern benötigen im Schnitt fast eine halbe Stunde, um die Facharztpraxis zu erreichen“, teilte die Krankenkasse pronova BKK am Mittwoch unter Verweis auf eine repräsentative eigene Untersuchung mit. Dabei seien sie überwiegend auf das eigene Auto angewiesen.

„In ländlichen Gegenden sind die weiten Strecken hingegen häufig nur mit einem Pkw zu bewältigen. Gerade im Fall einer Erkrankung stellt das Autofahren dann aber ein kaum zu vertretendes Risiko dar“, sagte Lutz Kaiser, Vorstand der Krankenkasse.

Bei der Versorgung mit Facharztpraxen bestehe weiter eine deutliche Kluft zwischen ländlichen Gegenden und urbanen Zentren: Patienten in Städten ab einer halben Million Einwohnern erreichen ihre Kardiologen, Orthopäden oder Psychiater im Schnitt zehn Minuten schneller als die Bewohner außerhalb der Metropolen. Auch gehe das in den Städten zu Fuß oder mittels öffentlicher Verkehrsmittel recht unkompliziert.

Weiter ist der Studie zu entnehmen, dass rund die Hälfte aller Menschen in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern mit der Nähe zu Arztpraxen an ihrem Wohnort sehr zufrieden sind. In Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern gilt dies hingegen nicht mal für jeden Dritten.

„Wenn der Gesetzgeber und die Kassenärztlichen Vereinigungen nicht massiv gegensteuern, wird sich der Ärztemangel auf dem Land erheblich verschärfen. Zudem müssen die Kommunen selbst mehr attraktive Angebote vor Ort schaffen, um Ärzte von dem Standort zu überzeugen“, forderte Kaiser.

Mehr als ein Viertel der Deutschen befürchtet den Angaben zufolge, dass sich die ärztliche Versorgung an ihrem Wohnort in Zukunft verschlechtern wird. Das belegt die Studie „Gesundheitsversorgung 2016“. Grundlage ist eine deutschlandweite, repräsentative Befragung von insgesamt 1.639 Bundesbürgern ab dem Alter von 18 Jahren.

Die pronova BKK ist aus Zusammenschlüssen der Betriebskrankenkassen großer Konzerne wie etwa Bayer, BASF und Ford entstanden. Sie zählt nach eigenen Angaben bundesweit 670.000 Kunden.

## „Weihnachtsmannfreie Zone“ eröffnet

Passau (epd). In Passau ist am Dienstag die bundesweite „Weihnachtsmannfreie Zone“ eröffnet worden. Mit der Nikolausaktion solle ein Zeichen für den Schutz von Kinderrechten gesetzt werden, teilte das katholische Bonifatiuswerk als Veranstalter mit. Stellvertretend für alle Kinder in Deutschland überreichten 160 Kinder aus Passauer Grundschulen und Kindergärten ihre Wünsche an Vertreter von Kirche und Politik. So war auf Transparenten zum Beispiel zu lesen: „Kinder haben das Recht auf Bildung. Kinder haben das Recht auf Schutz vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung. Sie haben auch das Recht zu spielen, sich zu erholen und künstlerisch tätig zu sein“.

Mit der „Weihnachtsmannfreien Zone“ soll der Heilige Nikolaus als Freund der Kinder und Helfer von Menschen in Not wieder ins Bewusstsein gebracht werden. Unterstützt werden mit der Aktion die ambulanten Kinderhospizdienste in Berlin und Halle an der Saale sowie der Kinderzirkus Birikino in Chemnitz.

## Soziales

## Thüringer Bachwochen feiern Reformation

Erfurt (epd). Die Thüringer Bachwochen widmen sich im April 2017 dem 500. Reformationsjubiläum. „Thüringen ist das Kernland der Reformation - und ohne die Reformation wäre die sakrale Musik Johann Sebastian Bachs kaum denkbar“, sagte Festivalchef Christoph Drescher am Dienstag bei Vorstellung des Programms in Erfurt. So hätten Martin Luthers (1483-1546) Ausführungen zum Gemeindegesang und dem dadurch bedeutend gewordenen Choral die sakrale Musik Bachs entscheidend geprägt.

Die dem Jubiläum gewidmeten Konzerte sollen die Auswirkungen der Reformation auf die Musik beleuchten. Aufführungen von Kantaten basierend auf Luthertexten stehen neben Kompositionen des frühen 16. Jahrhunderts. Den Abschluss des vom 7. April bis zum 1. Mai stattfindenden Festivals bildet ein eigenes Musikfest zu Ehren des Reformators in Eisenach. Das Festivalbudget liegt den Angaben zufolge bei einer Million Euro, davon kommen 220.000 Euro aus der Thüringer Staatskanzlei und 108.000 Euro aus dem Reformationsfonds von Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU).

Die evangelische Kirche feiert bis Oktober nächsten Jahres 500 Jahre Reformation. Am 31. Oktober 1517 hatte Martin Luther (1483-1546) seine 95 Thesen gegen die Missstände der Kirche seiner Zeit veröffentlicht. Der legendäre Thesenanschlag gilt als Ausgangspunkt der weltweiten Reformation, die die Spaltung in evangelische und katholische Kirche zur Folge hatte.

## Gerhard Glück erhält Satirepreis „Göttinger Elch“

Göttingen (epd). Der Satirepreis „Göttinger Elch“ geht 2017 an den Zeichner, Maler, Fotografen und Objektmacher Gerhard Glück aus Kassel. Der 72-Jährige sei „einer der ganz Großen der Komischen Kunst“, begründete die Jury laut Mitteilung der Stadt Göttingen vom Mittwoch ihre Entscheidung. Er sei „ein Spiegelmacher höchst eigenwilligen und einzigartigen Zuschnitts, ein bildnerischer Verführer sondergleichen, ein heimlicher Lehrmeister und ein großartiger Schalk“. Die Preisverleihung findet am 15. Januar statt.

Die Stadt Göttingen vergibt die Auszeichnung, die mit 3.333 Euro sowie einer silbernen Elchbrosche dotiert ist, jährlich für ein satirisches Lebenswerk. Glück wuchs in Frankfurt am Main auf und studierte in Kassel Grafik-Design und Kunsterziehung. Seit 1972 veröffentlicht er Cartoons in Zeitungen und Magazinen. Er illustrierte zudem Bücher, Bilderbücher und Gedichte etwa von Heinz Erhardt, Joachim Ringelnatz und Christian Morgenstern. Der Künstler erhielt zahlreiche Auszeichnungen, darunter die Goldmedaille des Art Directors Club Deutschland und mehrfach den „Deutschen Karikaturenpreis“.

Glück ist der 20. Preisträger des Göttinger Elchs. Seine Vorgänger waren unter anderem Robert Gernhardt (1999), Gerhard Polt (2000), Harry Rowohlt (2001), Helge Schneider (2009) und Olli Dittrich (2010). 2016 erhielt der Schriftsteller Max Goldt den Preis.

## **Tim Isfort neuer künstlerischer Leiter des Moers Festivals**

Moers (epd). Das renommierte Moers Festival erhält zum 1. Dezember einen neuen Leiter: Der Musiker, Produzent und Kurator Tim Isfort tritt die Nachfolge von Reiner Michalke an, wie die Stadt Moers am Dienstag mitteilte. Michalke hatte wegen der schwierigen finanziellen Situation und der ungewissen Zukunft des Festivals im Sommer seinen Rücktritt bekanntgegeben. Das internationale Festival für improvisierte Musik, zu dem sich seit 1972 jährlich an Pfingsten die Größen der Jazz-Szene am Niederrhein treffen, hatte im Geschäftsjahr 2015 hohe Verluste gemacht.

Der in Moers aufgewachsene Isfort ist für die dortige Kultur GmbH kein Unbekannter. Der künftige Festivalleiter gründete nach einem Kontrabass-Studium an der Folkwang Hochschule für Musik in Essen und am Konservatorium in Arnheim 1995 ein Orchester. Parallel arbeitete er als Kurator unter anderem beim Moers Festival und bei Ruhr.2010. Von 2008 bis 2012 war er künstlerischer Leiter des Traumzeit-Festivals in Duisburg. Seit 2010 ist Isfort nach Angaben der Stadt treibende Kraft eines Kulturaustauschs mit Myanmar für das Goethe-Institut und das Auswärtige Amt.

## **Privatradios fordern Staatsvertrag für digitales Radio**

Berlin (epd). Der Privatsenderverband VPRT fordert einen eigenen Radio-Staatsvertrag, um den Fortbestand des dualen Rundfunksystems auch in Zeiten des digitalen Rundfunks zu sichern. „Die digitale Transformation sollte dazu genutzt werden, das erhebliche Ungleichgewicht in der Frequenzversorgung zwischen der ARD und den Privatradios aufzuheben“, heißt es in einem am Mittwoch veröffentlichten Positionspapier des Verbandes Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT).

Die Abschaltung des analogen Sendestandards UKW stehe angesichts der „unverändert überragenden Bedeutung dieses Übertragungsweges“ nicht zur Diskussion, betonte der Verband. Die Politik müsse vielmehr Bedingungen schaffen, die es den Radios erlauben, frei zwischen Übertragungswegen zu entscheiden.

Kultur

Medien

## Medien

Die Ausstrahlung von Radioprogrammen via UKW soll in Deutschland zugunsten des Digitalstandards DABplus langfristig eingestellt werden. Es gibt aber noch kein konkretes Abschaltdatum. Diskutiert wird über einen Termin im Jahr 2025.

Die Radio-Verbreitung über DABplus gilt insgesamt als deutlich kostengünstiger als die UKW-Ausstrahlung. Die Privatsender verweisen jedoch darauf, dass die Umstellung für sie zusätzliche Kosten verursache. In dem Positionspapier fordert der Verband deshalb finanzielle Unterstützung für die Umstellung. ARD und Deutschlandradio stünden bis 2025 etwa 600 Millionen Euro an Gebührengeldern für die DABplus-Verbreitung zur Verfügung. Eine vergleichbare Summe müsse auch den privaten Radioveranstaltern zugestanden werden.

„Wir Private können und wollen uns nicht mit Krümeln der digitalen Übertragungswege, deren technische Machbarkeit in den regional gelebten Räumen noch nicht einmal belegt ist, abspesen lassen“, sagte Klaus Schunk, Vorsitzender des Fachbereichs Radio und Audiodienste des VPRT, dem Evangelischen Pressedienst (epd). Einer aktuellen Studie zufolge verfügen inzwischen 12,6 Prozent der Haushalte in Deutschland über ein DABplus-fähiges Empfangsgerät.

### **Urteil: Bundestag muss nicht über Ermittlungsverfahren informieren**

Berlin (epd). Der Deutsche Bundestag muss den Medien keine Auskünfte über Ermittlungsverfahren gegen Abgeordnete des Parlaments geben. Das hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg am Dienstag entschieden (AZ: OVG 6 B 84.15). Damit kassierte es eine zuvor ergangene Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin. Die Revision zum Bundesverwaltungsgericht wurde zugelassen.

Geklagt hatte nach Angaben einer Gerichtssprecherin eine Zeitung, die Auskunft zu allen Ermittlungsverfahren gegen Abgeordnete in der abgelaufenen und laufenden Legislaturperiode haben wollte. Auslöser war, dass ein ehemalige Parlamentarier kinderpornografisches Material besessen hatte.

Der Bundestag sei als besonderes Organ der Gesetzgebung keine auskunftspflichtige Behörde im Sinne des Presserechts, erklärte das Oberverwaltungsgericht zur Begründung. Auskünfte zu Immunitätsangelegenheiten betreffen den parlamentarischen Bereich und nicht eine bloße Verwaltungstätigkeit des Bundestagspräsidenten. Die Genehmigung, gegen ein Mitglied des Deutschen Bundestags ein Ermittlungs- oder Strafverfahren einzuleiten, sei eine Entscheidung, die das Parlament in eigener Verantwortung trifft.

Immunitätsangelegenheiten zählten damit zum Bereich der parlamentarischen Angelegenheiten, auf die der in der Rechtsprechung entwickelte verfassungsmittelbare Auskunftsanspruch der Presse gegen Behörden nicht anwendbar

sei. Soweit der Bundestag selbst im Rahmen seiner Parlamentsautonomie in der Geschäftsordnung Regelungen getroffen habe, seien diese auch im Lichte der Pressefreiheit nicht zu beanstanden. Der Bundestag veröffentlicht bislang nach seiner Geschäftsordnung die Fälle, in denen gegen Abgeordnete Strafverfahren geführt werden. Über bloße Ermittlungsverfahren werden hingegen keine Informationen bekanntgegeben.

## „Reporter ohne Grenzen“: Journalisten in Myanmar freilassen

Berlin (epd). „Reporter ohne Grenzen“ hat die Behörden Myanmars aufgefordert, die Journalisten Than Htut Aung und Wai Phyo freizulassen. Am Mittwoch werde ein Gericht über eine mögliche Freilassung auf Kautionsentscheidung entscheiden, teilte die Journalistenorganisation am Dienstag in Berlin mit. Der Geschäftsführer und der Chefredakteur des Verlags Eleven Media Group stehen seit Freitag in der Hauptstadt Rangun vor Gericht. Die Justiz wirft ihnen Beleidigung vor, nachdem sie Korruptionsvorwürfe gegen einen Politiker der Regierungspartei Nationale Liga für Demokratie (NLD) thematisiert hatten.

Die Journalisten sitzen den Angaben zufolge bereits seit zwei Wochen in Untersuchungshaft. Ihre Zeitung „Eleven Daily“ hatte Anfang November über einen Politiker berichtet, der eine 100.000 Dollar teure Luxus-Uhr von einem Geschäftsmann erhalten habe. Der Geschäftsmann wiederum habe lukrative Bauaufträge erhalten. Weitere Details veröffentlichte Than Htut Aung auf seiner Facebook-Seite. Laut „Reporter ohne Grenzen“ wurde der Politiker zwar nicht namentlich genannt, aber es sei deutlich geworden, dass es sich um Phyo Min Thein (NLD) handle, den Ministerpräsidenten der Region Rangun.

„Reporter ohne Grenzen“ kritisierte, dass auch nach dem Regierungswechsel in diesem Jahr Nutzer sozialer Medien weiterhin wegen Beleidigungsvorwürfen verfolgt würden. Grundlage für die Verfolgung ist ein umstrittenes Telekommunikationsgesetz. Im März hatte die langjährige Oppositionspartei NLD unter Führung der Friedensnobelpreisträgerin und heutigen Außenministerin Aung Sang Suu Kyi die Macht in den südostasiatischen Land übernommen. Myanmar steht auf der aktuellen Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ auf Platz 143 von 180 Staaten.

## Das Geheimnis des Christentums

Kinderkanal erforscht die Vielfalt der christlichen Religionen

Von Tilmann P. Gangloff (epd)

Frankfurt a.M./Erfurt (epd). Mit „Schnitzeljagd“ hat der Kinderkanal von ARD und ZDF vor einigen Jahren ein Format geschaffen, das sich dank seiner thematischen



## Medien

Offenheit eignet, die ganze Weltgeschichte zu erklären. Entsprechend breit ist das bisherige Spektrum der einzelnen Staffeln. Mit der Suche nach dem Geheimnis des Christentums knüpft der Kika nun an den Auftakt der Reihe an, als Kika-Moderator Bernhard „Ben“ Blümel im Heiligen Land Gott finden sollte.

Der Titel „Mit Christus um die Welt“ ist durchaus wörtlich zu verstehen, denn die Schnitzeljagd führt Ben von Brasilien aus nach Afrika, Italien und schließlich nach Israel, dorthin also, wo es anfang mit dem Format und dem Christentum. Im Unterschied zu den bisherigen Sendungen ist der Moderator diesmal jedoch nicht allein unterwegs, und diese Entscheidung war die beste seit Erfindung der Reihe: Die Suche wird nun als Wettstreit inszeniert. Die junge Schauspielerin Amy Mußul stellt mit ihrer jugendlichen Frische eine reizvolle Ergänzung zu Blümel dar, auch der Wettbewerbsfaktor tut den vier Folgen, die der Kika ab dem 4. Dezember sonntags ab 14.10 Uhr ausstrahlt, ausgesprochen gut.

Die Geschichte beginnt in Rio de Janeiro: Ben soll über die dortige Graffiti-Szene berichten und bekommt dabei Unterstützung durch die neue Kollegin. Die jugendlichen Sprayer arbeiten an einem Bild des Abendmahls. Daraus ergibt sich der Wettstreit: Ben und Amy bekommen die Aufgabe, das Geheimnis des Christentums zu ergründen. Den Verlauf ihrer Reise sollen sie in Blogbeiträgen dokumentieren. Außerdem müssen sie die Sprayer mit Porträtaufnahmen der Kinder versorgen, die ihnen unterwegs mit Rat und Tat beistehen. Diese Fotos dienen am Schluss beim Spraygemälde als Vorlage für die Jünger Jesu.

Wie die bisherigen „Schnitzeljagden“ ist auch „Mit Christus um die Welt“ sehr lehrreich. Die in Animationsform eingeschobenen kurzen Erklärstücke sind auch für Erwachsene hochinteressant - selbst wenn der Versuch, die Reformation in einer guten Minute zu erklären, eine echte Herausforderung darstellt. Andererseits sollen die vier Filme die Vielfalt des Christentums verdeutlichen, und das gelingt Christian Heynen (Buch und Regie) erstaunlich gut, weil sich Ben und Amy glaubhaft auf die verschiedenen Stationen ihrer Tour einlassen.

Amy zum Beispiel begleitet einen Franziskaner in eine Favela in Rio, in der die Ärmsten der Armen leben. Zuvor war sie in Rom unterwegs, später wird sie Novizin in einem orthodoxen Nonnenkloster in Rumänien, in São Paulo mischt sie sich unter die 350.000 Teilnehmer der „Marcha para Jesus“, eine Art Love Parade für Gläubige. Die Kontraste sorgen für Abwechslung, von den imposanten Bildern und den interessanten Gesprächspartnern ganz zu schweigen.

Ben nimmt in Nigeria an einem Gottesdienst mit 50.000 Besuchern teil, der an ein Popkonzert erinnert, und findet in Äthiopien eine Enklave mitten im muslimischen Afrika, wo die Menschen wie schon vor annähernd 2.000 Jahren einen stark vom Judentum geprägten Glauben pflegen. Die Expeditionen sind so interessant, dass das Format mit wenigen Änderungen auch im Erwachsenenprogramm funktionieren würde. Nicht immer angebracht sind dagegen die kleinen Bearbeitungen in der

Postproduktion, etwa dass Bewegungen gern mit typischen Cartoon-Geräuschen unterlegt werden. Auch auf die sprechenden Tiere hätten die Macher besser verzichtet.

Das Ziel, die Vielfalt des Christentums zu dokumentieren, erreicht der Vierteiler aber auf jeden Fall - auch wenn sich die Botschaft der insgesamt knapp 200 Minuten in drei Worten zusammenfassen lässt: Jesus liebt dich.

## **Amnesty: Schockierende Arbeitsbedingungen auf Palmöl-Plantagen**

**Großkonzerne profitieren laut Menschenrechtlern von Ausbeutung**

London/Frankfurt a.M. (epd). Schokoriegel, Shampoo und Waschmittel: Palmöl für Produkte von Weltmarken wird laut Menschenrechtlern unter schockierenden Bedingungen gewonnen. Firmen wie Unilever, Nestlé und Procter & Gamble verwendeten den Rohstoff des weltweit größten Palmöl-Herstellers Wilmar, der systematisch Kinder- und Zwangsarbeit einsetze, erklärte Amnesty International in London. Das Unternehmen mit Sitz in Singapur beschäftigt auf seinen Plantagen in Indonesien Kinder schon im Alter von acht Jahren und zahlt Hungerlöhne.

Auch Kellogg's oder Colgate-Palmolive zählen laut dem am Mittwoch veröffentlichten Amnesty-Bericht zu Kunden von Wilmar. Beide nahmen zunächst keine Stellung zu den Vorwürfen. Der Schweizer Nahrungsmittelkonzern Nestlé erklärte: „Die Praktiken, die im Bericht von Amnesty International dargestellt werden, haben keinen Platz in unserer Lieferkette.“ Nestlé habe Amnesty um konkrete Informationen zu den Verstößen gebeten, „damit wir mögliche Verbindungen zu unserer Lieferkette überprüfen können“. Wenn Lieferanten die verbindlichen Vorgaben zu Arbeitsstandards und Menschenrechten nicht erfüllten, würden sie ausgeschlossen.

Der US-Hygieneartikelhersteller Procter & Gamble sicherte eine enge Zusammenarbeit mit Wilmar zu, um „etwaiges Fehlverhalten zu korrigieren“. Der niederländisch-britische Verbrauchsgüterhersteller Unilever erklärte, er sei bereit, „eine führende Rolle bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu übernehmen“.

Amnesty-Expertin Meghna Abraham warf den Konzernen hingegen vor: „Die Unternehmen drücken bei der Ausbeutung von Arbeitern in ihrer Lieferkette ein Auge zu.“ Gleichzeitig versprechen sie ihren Kunden, das Palmöl sei auf nachhaltige Weise hergestellt. „Diese Ergebnisse werden jeden Konsumenten schockieren, der denkt, im Supermarkt eine ethische Entscheidung getroffen zu haben.“

Wilmar beliefert Amnesty zufolge mindestens vier weitere weltweit agierende Großkonzerne. „Irgendetwas läuft falsch, wenn neun Unternehmen mit einem Gesamterlös von 325 Milliarden US-Dollar 2015 es nicht schaffen, etwas gegen

Medien

Entwicklung

diese grauenhafte Behandlung der Arbeiter zu unternehmen“, sagte Abraham. Zu den bekanntesten Produkten der im Bericht genannten Firmen gehören die Colgate-Zahnpasta, Dove-Pflegeprodukte, Ben&Jerry's-Eis, Knorr-Suppen, Kellogg's-Kornflakes, Ariel-Waschmittel und KitKat-Schokolade.

Für den Bericht sprach die Menschenrechtsorganisation nach eigenen Angaben mit 120 Arbeiterinnen und Arbeitern, die auf Palmsplantagen von zwei Wilmar-Tochterunternehmen und drei Lieferanten des Unternehmens arbeiten. Demnach erfuhren die Autoren der Studie, dass Kinder schwerste körperliche Arbeit verrichten, Arbeiter sich mit dem eingesetzten Pflanzenschutzmittel vergiften, Überstunden bei Androhung von Lohnkürzungen erzwungen werden, die Beschäftigten unter Mindestlohniveau bezahlt werden und nicht zu erreichende Ziele erfüllen müssen.

Wilmar räumte Amnesty zufolge ein, dass es arbeitsrechtliche Probleme im Unternehmen gebe. Dennoch seien drei der fünf von den Menschenrechtlern untersuchten Plantagen als „nachhaltig“ zertifiziert, führte die Organisation an. „Unsere Recherche hat aufgedeckt, dass diese Unternehmen auf Papier strenge Richtlinien haben, aber keines von ihnen konnte beweisen, dass sie offensichtliche Risiken in der Lieferkette von Wilmar festgestellt haben“, sagte die Amnesty-Expertin für Wirtschaft und Menschenrechte, Seema Joshi.

## Deutschland übernimmt G-20-Präsidentschaft

Berlin (epd). Deutschland übernimmt an diesem Donnerstag (1. Dezember) die G-20-Präsidentschaft. Wie Regierungssprecher Steffen Seibert am Mittwoch in Berlin mitteilte, will Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eine Reihe von entwicklungspolitischen Themen auf die Agenda setzen. Man sehe die Gruppe der wichtigsten Schwellen- und Industrieländer (G-20) in der Verantwortung, die drängendsten Herausforderungen der Globalisierung anzugehen. Dies gehe nur durch vertiefte internationale Zusammenarbeit, nicht durch Abschottung oder Rückkehr zu Nationalismus, betonte Seibert.

Wie bei G-20 üblich stehe die Stabilität von Volkswirtschaften im Vordergrund. Es gehe aber auch um die Qualität von Wirtschaftswachstum, sagte Seibert. Zudem will Deutschland den Vorsitz der Gruppe nach seinen Angaben dafür nutzen, die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsagenda und des Pariser Klimaschutzabkommens voranzutreiben.

Seibert verwies zudem auf Themen, die Deutschland bereits beim G-7-Vorsitz forciert hatte. Dazu gehören der bessere Zugang von Frauen zu Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit und die Gesundheitsversorgung etwa bei Pandemien wie zuletzt durch Ebola. Mit einer neuen Dringlichkeit stehe auch die Frage auf der Tagesordnung, wie die Potenziale Afrikas besser im Sinne seiner Bevölkerung genutzt werden können, sagte Seibert.

## Entwicklung

Neben dem G-20-Gipfel am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg soll es seinen Angaben zufolge im Juni eine eigene Konferenzpartnerschaft mit Afrika geben. Mehr Details wurden dazu noch nicht bekanntgegeben. Zudem kündigte der Sprecher von Kanzlerin Merkel einen intensiven Dialog mit der Zivilgesellschaft an. Es werde Treffen mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Jugend und Frauen geben, sagte er. Zum Start der deutschen G-20-Präsidentschaft soll am Donnerstag die Internetseite [www.g20germany.de](http://www.g20germany.de) online gehen.

## Entwicklung

### **Bündnis stellt sich gegen möglichen Marshall-Plan für Afrika**

Genf/Köln (epd). Ein Bündnis aus Entwicklungshilfekritikern stellt sich gegen einen möglichen Marshall-Plan für Afrika. Eine damit verbundene massive Aufstockung staatlicher Entwicklungshilfe werde die Lebensverhältnisse in Afrika nicht wesentlich verbessern, hieß es in einem am Mittwoch vom „Bonner Aufruf“ in Köln veröffentlichten Papier. Vielmehr sei zu erwarten, dass Entwicklungshilfegelder in falsche Kanäle fließen und die Auswanderung anhalte. Ein Marshall-Plan war im Frühjahr von der Bundesregierung in die Diskussion gebracht worden.

Der Begriff lehnt sich an das Förderprogramm zum Wiederaufbau Westeuropas nach dem zweiten Weltkrieg an, in dessen Rahmen Milliarden investiert wurden. Bundesentwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) hatte sich zuletzt am Dienstag in Brüssel für einen solchen Plan ausgesprochen, der gemeinsam mit Afrika entwickelt werden müsse. Damit soll nach Willen der Bundesregierung auch Migration aus Afrika eingeschränkt werden. In diesem Zusammenhang lobte Müller die sogenannten Migrationspartnerschaften, die von Niger und Mali auf die gesamte Tschadsee-Region ausgeweitet werden sollten.

Der „Bonner Aufruf“, der vor acht Jahren von einem Initiativkreis um den Journalisten Kurt Gerhardt, Cap-Anamur-Gründer Rupert Neudeck und den Botschafter a. D. Volker Seitz entstand, spricht sich gegen Entwicklungshilfe durch Umverteilung aus. Die derzeitige Entwicklungspolitik diene vorwiegend ihrem Selbsterhalt und verhindere eine selbsttragende afrikanische Entwicklung, heißt es in ihrem neuen Papier. Stattdessen brauche Afrika einheimische und ausländische Unternehmer, die eine Industrialisierung des Kontinents ermöglichen. Dabei solle über lokale Organisationen bedarfsbezogene und praktische berufliche Bildung gefördert werden.

## Debatte über Marshall-Plan für Afrika

Entwicklungshilfe in der Kritik - „Brot für die Welt“ fordert mehr Sachlichkeit

Genf/Köln (epd). In der Debatte über einen sogenannten Marshall-Plan für Afrika fordert „Brot für die Welt“ mehr Sachlichkeit. Eine grundsätzliche Ablehnung trage nicht dazu bei, sagte der entwicklungspolitische Beauftragte der Organisation, Thilo Hoppe, telefonisch dem epd in Genf. Er bezog sich damit auf eine am Mittwoch veröffentlichte Stellungnahme des Bündnisses „Bonner Aufruf“, das öffentliche Entwicklungshilfe weitgehend ablehnt.

„Alleine mehr Geld reicht zwar nicht, aber wir brauchen dennoch mehr Geld für eine menschenrechtsbasierte, nachhaltige Entwicklung“, betonte Hoppe. Der Bonner Aufruf vermische berechtigte Kritik mit pauschalen und falschen Schlussfolgerungen.

Das Bündnis, dem ehemalige Diplomaten, Entwicklungshelfer und Journalisten angehören, hat sich klar gegen einen von der Bundesregierung in die Diskussion gebrachten Marshall-Plan für Afrika ausgesprochen. Eine damit verbundene massive Aufstockung staatlicher Entwicklungshilfe werde die Lebensverhältnisse in Afrika nicht wesentlich verbessern, hieß es in dem am Mittwoch veröffentlichten Papier. Vielmehr sei zu erwarten, dass Entwicklungshilfegelder in falsche Kanäle fließen und die Auswanderung von Afrikanern anhalte.

Hoppe wandte sich gegen den aus seiner Sicht erweckten Eindruck, dass Entwicklungshilfe im Regelfall scheitere. Nach seinen Erfahrungen sei die weit überwiegende Zahl von Projekten erfolgreich, während allenfalls jedes fünfte Probleme bereite. Der frühere Bundestagsabgeordnete kritisierte zugleich eine mögliche Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik zur Flüchtlingsabwehr. Es müsse unbedingt verhindert werden, dass diktatorischen Regimen wie etwa dem in Eritrea Gelder ausgezahlt würden, um im Gegenzug die Grenzen zu sichern.

Der Begriff des Marshall-Plans für Afrika lehnt sich an das Förderprogramm zum Wiederaufbau Westeuropas nach dem zweiten Weltkrieg an, in dessen Rahmen Milliarden investiert wurden. Bundesentwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) hatte sich zuletzt am Dienstag in Brüssel für einen solchen Plan ausgesprochen, der gemeinsam mit Afrika entwickelt werden müsse. Damit soll auch Migration aus Afrika eingeschränkt werden. In diesem Zusammenhang lobte Müller auch die sogenannten Migrationspartnerschaften, die von Niger und Mali auf die gesamte Tschadsee-Region ausgeweitet werden sollten.

Der „Bonner Aufruf“, der vor acht Jahren von einem Initiativkreis um den Journalisten Kurt Gerhardt, den mittlerweile verstorbenen Cap-Anamur-Gründer Rupert Neudeck und den Botschafter a. D. Volker Seitz entstand, spricht sich generell gegen Entwicklungshilfe durch Umverteilung aus. Die derzeitige Entwicklungspolitik diene vorwiegend ihrem Selbsterhalt und verhindere eine selbsttragende

Entwicklung

afrikanische Entwicklung, heißt es in ihrem neuen Papier. Stattdessen brauche Afrika einheimische und ausländische Unternehmer, die eine Industrialisierung des Kontinents ermöglichen.

## Entwicklung

### Angst überschattet Wahl in Gambia

Genf/Banjul (epd). In einem Klima von Angst und Unterdrückung findet an diesem Donnerstag die Präsidentenwahl in Gambia statt. Yahya Jammeh, der den westafrikanischen Kleinstaat seit 22 Jahren regiert, steht dabei zwei Oppositionskandidaten gegenüber. Dem Immobilienunternehmer Adama Barrow werden aber ebenso wie dem Berufspolitiker Mamma Kandeh kaum Siegeschancen eingeräumt.

Jammeh, der 1994 als 29-Jähriger durch einen Putsch an die Macht kam, regiert das vom Senegal umschlossene Land weitgehend autokratisch. Auf der letzten Wahlkampfversammlung am Dienstag hatte er Demonstrationen nach der Wahl untersagt und zugleich angekündigt, die Wahl zu gewinnen.

Auch im Wahlkampf war die Regierung massiv gegen Kritiker vorgegangen. Der Chef des staatlichen Radio- und Fernsehsenders, Momodou Sabally, sitzt seit drei Wochen ohne Anklage in Haft, nachdem er eine Wahlversammlung der Opposition übertragen ließ. Bereits im April demonstrierten Tausende Menschen friedlich, nachdem ein Oppositioneller im Gefängnis unter ungeklärten Umständen gestorben war. Dreißig Teilnehmer wurden daraufhin wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zu je drei Jahren Haft verurteilt.

Menschenrechtler kritisieren Äußerungen Jammehs regelmäßig, zuletzt die Ankündigung, den Internationalen Strafgerichtshof zu verlassen. Homosexuellen hatte Jammeh damit gedroht, sie köpfen zu lassen, sollten sie nicht das Land verlassen. Vor dem Hintergrund wachsender Angst sind Tausende Gambier über das Mittelmeer nach Europa geflohen.

Insgesamt sind knapp 890.000 Gambier aufgerufen, ihre Stimme in einem der mehr als 1.400 Wahllokale abzugeben. Der Präsident wird für fünf Jahre gewählt. Parlamentswahlen sind für das kommende Frühjahr geplant. Gambia ist eines der ärmsten Länder der Welt und lebt vor allem vom Erdnussexport und vom Tourismus.

In den vergangenen Jahren hat die kleine Nation Entwicklungsfortschritte verzeichnet. So sind die Armutsquote und die Kindersterblichkeit deutlich gesunken. Als Erfolg gilt auch das von Jammeh verhängte Verbot weiblicher Genitalverstümmelung, einer Praxis, die vorher weit verbreitet war.

## Präsidentenberater in Burundi knapp Anschlag entgangen

Regierung beschuldigt Nachbarland Ruanda

Genf/Bujumbura (epd). Burundis Regierung macht das Nachbarland Ruanda für das Attentat auf einen engen Berater von Präsident Pierre Nkurunziza verantwortlich. Die Anweisungen für den Anschlag auf Regierungssprecher Willy Nyamitwe seien aus der dortigen Hauptstadt Kigali gekommen, sagte ein Polizeisprecher am Dienstag in der burundischen Hauptstadt Bujumbura. Drei burundische Militärs, die den Angriff ausgeführt hätten, seien festgenommen worden. Bei dem Attentat am Montagabend war ein Leibwächter erschossen worden, Nyamitwe selbst wurde leicht verletzt.

Ruandas Regierung äußerte sich zunächst nicht zu den Vorwürfen. Sie sind besonders brisant, weil sie das Verhältnis zwischen den Volksgruppen Hutu und Tutsi in der Region weiter verschlechtern könnten. Nkurunziza ist Hutu und hat die Tutsi-Minderheit im Land mehrfach für die Unruhen der vergangenen anderthalb Jahre verantwortlich gemacht. Ruanda wird von Paul Kagame regiert, einem ehemaligen Anführer der Tutsi-Miliz, die den von Hutu-Extremisten angeführten Völkermord beendete. Die UN haben in den vergangenen Monaten mehrfach vor einem Völkermord in Burundi gewarnt und Nkurunzizas Regierung vorgeworfen, die Lage anzuheizen.

Nkurunziza war im Juli 2015 in einer international nicht anerkannten Wahl für eine dritte Amtszeit wiedergewählt worden. Mit seiner Kandidatur vor anderthalb Jahren hatte er heftige Proteste ausgelöst, die er blutig niederschlagen ließ. Bis heute hält die Gewalt in dem ostafrikanischen Land an, der Regierung werden massive Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Der Internationale Strafgerichtshof ermittelt gegen Nkurunziza. Seit Ausbruch der Krise sind geschätzt 700 Menschen getötet worden, von mindestens 800 fehlt jede Spur. 250.000 Burundier sind ins Ausland geflohen.

## Kabinett beschließt Entsendung von Polizisten nach Niger

Berlin (epd). Deutschland will sich mit der Entsendung von Polizisten an der zivilen EU-Mission zur Bekämpfung von Drogen-, Waffen- und Menschenschmuggel im afrikanischen Niger beteiligen. Das Bundeskabinett beschloss am Mittwoch in Berlin, bis zu 20 Beamte von Bundespolizei und Landespolizeien in das Land zu schicken. Niger ist wichtigstes Transitland von afrikanischen Flüchtlingen auf dem Weg nach Europa. Ihre Route führt vor allem durch das weite Wüstengebiet ums nordnigrische Agadez weiter nach Libyen.

Die EU-Mission Eucap Sahel Niger ist den Angaben zufolge bereits seit Sommer vor Ort. Sie soll die nationale Polizei, Gendarmerie und Nationalgarde ausbilden

Entwicklung

und beraten. Ein besonderer Fokus liege dabei auf dem Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität sowie dem Aufbau von Grenzmanagement und Migrationskontrolle.

Die EU hat unter anderem mit Niger eine sogenannte Migrationspartnerschaft geschlossen, um die Migration nach Europa einzudämmen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) reisten in diesem Jahr unter anderem nach Niger, um mit der dortigen Regierung über das Thema zu beraten. Allein bis zum Sommer hatten nach Schätzung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) weit mehr als 100.000 Menschen den Weg nach Europa, der oft durch Niger, dann Libyen und über Mittelmeer führt, angetreten.

## **Kindernothilfe fordert mehr Schutz von Mädchen vor HIV-Infektion**

Duisburg (epd). Trotz des weltweiten Rückgangs von Neuinfektionen mit HIV steigt nach Angaben der Kindernothilfe bei Mädchen und jungen Frauen in Afrika südlich der Sahara die Zahl an. Grund dafür sei unter anderem mangelnder Schutz, erklärte die Kindernothilfe am Mittwoch in Duisburg zum Weltaidstag am 1. Dezember. „Das Ziel, Aids bis zum Jahr 2030 ein Ende zu setzen, wird dadurch massiv gefährdet“, sagte Aids-Experte Frank Mischo.

Zu den weiteren Gründen für die steigende Anzahl von HIV-Neuinfektionen bei Mädchen und jungen Frauen im südlichen Afrika zählen dem Hilfswerk zufolge geringere Bildungschancen, weniger soziale Handlungsmöglichkeiten und eine größere Verwundbarkeit. Der Schutz von Mädchen besonders in Afrika müsse eine der Prioritäten in den kommenden Jahren sein. Und die Prävention könne nur erfolgreich sein, wenn die soziale und wirtschaftliche Situation von Mädchen und jungen Frauen verbessert werde, sagte Mischo.

Weltweit leben laut den Vereinten Nationen schätzungsweise 36,7 Millionen Menschen mit HIV oder Aids. Der Brennpunkt liegt in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara, dort lebten 2015 mehr als 25 Millionen Menschen mit dem Immunschwächevirus. Weltweit steckten sich laut UNAIDS im Jahr 2015 rund 2,1 Millionen Menschen neu an.



## Staats- und Regierungschefs verabschieden sich von Fidel Castro

Hunderttausende nehmen an Massenkundgebung teil

Havanna/São Paulo (epd). Hunderttausende Kubaner haben sich in Havanna von ihrem langjährigen Staatschef Fidel Castro mit einer Massenkundgebung verabschiedet. Auch zahlreiche Staats- und Regierungschefs linksgerichteter Regierungen waren am Dienstagabend (Ortszeit) zu der offiziellen Trauerfeier in die Hauptstadt gereist. „Fidel ist tot, aber er starb ungeschlagen“, sagte Ecuadors Präsident Rafael Correa auf dem Platz der Revolution.

Auch der griechische Premierminister Alexis Tsipras nahm teil. Er nannte Castro ein internationales Vorbild für den Unabhängigkeitskampf der Völker. Zugleich lobte er das „kostbare Vermächtnis“ von Castro bei der Bildung, im Gesundheitswesen sowie in Wissenschaft und Kultur. Die Menschen schwenkten Fahnen und skandierten „Lang lebe die Revolution“ und „Lang lebe Fidel“. Viele hielten Fotos des Verstorbenen in die Luft.

Der Präsident von El Salvador und ehemalige Guerillero, Salvador Sánchez Cerén, sagte: „Eines der wichtigsten Dinge, die uns Fidel gelehrt hat, ist die Einigkeit.“ Südafrikas Präsident Jacob Zuma würdigte die Unterstützung von Kuba im Kampf gegen die Apartheid. „Der Tod von Fidel ist ein schmerzvoller Verlust für das südafrikanische Volk“, sagte er. Castro war am vergangenen Freitagabend (Ortszeit) im Alter von 90 Jahren verstorben.

Aus Lateinamerika nahmen auch die Präsidenten von Bolivien, Nicaragua, Venezuela und Mexiko, Evo Morales, Daniel Ortega, Nicolás Maduro und Enrique Peña Nieto, an der Trauerfeier teil. Aus Afrika reiste neben Zuma auch Simbabwe Präsident Robert Mugabe an. Deutschland wurde von Altbundeskanzler Gerhard Schröder vertreten. Die USA schickten keine offizielle Delegation. An der Trauerfeier nahm aber der US-Botschafter in Kuba, Jeffrey DeLaurentis, teil.

Tausende Kubaner hatten Castro in den vergangenen Tagen die letzte Ehre erwiesen. Im Innern des Denkmals für den Nationalhelden José Martí auf dem Platz der Revolution war ein Foto des Verstorbenen aufgestellt, an dem die Menschen vorbeisritten. Persönlichkeiten aus Staat und Partei hielten eine Ehrenwache. Die letzte Ehrenwache wurde von Kubas Staatschef Raúl Castro angeführt.

Von Mittwochmorgen (Ortszeit) an sollte die Urne des Verstorbenen in einem viertägigen Trauerzug durch 13 Provinzen in das 900 Kilometer entfernte Santiago de Cuba im Südosten der Insel gebracht werden. Santiago de Cuba gilt als Wiege der Revolution. Vom Südosten der Insel kämpften sich die Rebellen nach der Landung mit der Yacht „Granma“ 1956 bis nach Havanna vor. Fidel Castro hatte den Inselstaat seit der Revolution von 1959 bis 2008 geführt. Auf dem Friedhof

Entwicklung

Santa Ifigenia in Santiago de Cuba wird Castro am kommenden Sonntag beigesetzt. Dort befindet sich auch das Mausoleum für Nationalheld José Martí.

Nach dem Tod des „Comandante Máximo“ hatte Kuba eine neuntägige Staatstrauer verhängt. Es finden keine regulären Kino- und Theateraufführungen statt, öffentlicher Alkoholausschank ist verboten. Im TV wird ein „informatives, patriotisches und historisches Programm“ gezeigt.

## Senat in Kolumbien stellt sich hinter Friedensvertrag

Rio de Janeiro/Bogotá (epd). Das Friedensabkommen für Kolumbien ist auf Kurs: Der Senat billigte am Dienstagabend (Ortszeit) mit klarer Mehrheit den zwischen Regierung und Farc-Guerilla ausgehandelten Vertrag. Nach der für Mittwoch erwarteten Zustimmung der Abgeordnetenversammlung soll das Abkommen am Donnerstag in Kraft treten und den mehr als 50 Jahre währenden Krieg in dem südamerikanischen Land beenden.

Präsident Juan Manuel Santos und Guerillachef Rodrigo Londoño Echeverri hatten die überarbeitete Version des Friedensvertrags in der vergangenen Woche unterschrieben. Die Neuverhandlung des Abkommens war notwendig geworden, weil die Kolumbianer in einem Referendum Anfang Oktober eine erste Version zurückgewiesen hatten.

Die rechtskonservative Opposition um Ex-Präsident Álvaro Uribe lehnt auch die überarbeitete Version als unzureichend ab. Die Gegner des Abkommens monieren vor allem ein zu geringes Strafmaß für Kriegsverbrechen, die Zusage von Parlamentssitzen für ehemalige Kämpfer und die Umverteilung von Land im Rahmen einer Agrarreform. Statt eines erneuten Referendums legte die Regierung nun das Abkommen nur dem Kongress vor.

Der Krieg zwischen Guerillagruppen, Staat und rechtsextremen Paramilitärs in Kolumbien hatte sich in den 60er Jahren an Landkonflikten und sozialer Ungerechtigkeit entzündet. Rund 340.000 Menschen wurden getötet, 80 Prozent von ihnen Zivilisten. Mindestens sieben Millionen Kolumbianer wurden aus ihren Dörfern vertrieben. Für seine Bemühungen um ein Ende des Krieges in Kolumbien erhält Santos in diesem Jahr den Friedensnobelpreis.

## Nationalhymne in indischen Kinos Pflicht

Neu-Delhi (epd). In Indiens Kinos muss künftig vor jeder Filmvorführung die Nationalhymne erklingen: Das Oberste Gericht des Landes entschied am Mittwoch laut Medienberichten, dass während des Liedes zudem die Nationalflagge auf

der Leinwand erscheinen und das Publikum aufstehen muss. Die Entscheidung fügt sich in eine neue Welle von Nationalismus, die mit dem Amtsantritt von Regierungschef Narendra Modi 2014 begonnen hat.

Zuletzt wurden auch bekannte Bollywood-Stars und Cricket-Spieler wegen mangelnden Nationalgefühls gerügt. „Die Nationalhymne ist ein Symbol des Patriotismus und ihr muss Ehrfurcht bezeugt werden“, erklärte Richter Dipak Misra am Mittwoch. Das Gericht gab den Tausenden Kinos und Multiplex-Theatern in Indien zehn Tage Zeit, die neue Regelung einzuführen. Das Lied müsse in seiner vollen Länge von 52 Sekunden gespielt werden, heißt es in der Entscheidung.

Die Regelung, die Nationalhymne in Kinos zu spielen, ist bereits in einigen Bundesstaaten in Kraft. Im Bundesstaat Maharashtra kam es deswegen schon zu Schlägereien, weil Zuschauer während des Abspielens nicht aufgestanden waren. Der Text von „Jana Gana Mana“ (Herrscher über den Geist des Volkes) wurde 1911 vom Literaturnobelpreisträger Rabindranath Tagore verfasst. Seit 1950 ist die erste Strophe die offizielle Hymne des Landes.

## Impressum

Herausgeber / Verlag:  
Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik (GEP)  
gGmbH, Emil-von-Behring-Str. 3  
60439 Frankfurt am Main.

**Geschäftsführer:** Jörg Bollmann.  
Amtsgericht Frankfurt am Main,  
HRB 49081  
USt-ID-Nr. DE 114 235 916  
**GEP-Verlagsleiter:** Bert Wegener.  
**Chefredakteur der  
epd-Zentralredaktion:**  
Dr. Thomas Schiller.

**epd-Landesdienste:** Nord  
(Hamburg), Ost (Berlin),  
Niedersachsen- Bremen (Hannover),  
West (Düsseldorf), Mitte-West  
(Speyer), Südwest (Stuttgart/  
Karlsruhe), Bayern (München).

**epd-Zentralredaktion**  
**Nachrichtenchef:** Karsten Frerichs  
(verantwortlich i.S.v. § 55 RStV);  
**Chef vom Dienst:** Uwe Gepp  
**Agenturdesk Text:** Stefan Fuhr,  
Jürgen Prause, Renate  
Kortheuer-Schüring, Elisa Makowski,  
Dr. Matthias Klein; **Agenturdesk  
Bild:** Norbert Neetz, Hanno  
Gutmann; **Fachredakteure Kirche  
u. Politik:** Stephan Cezanne,  
Angela Götsche, Wiebke  
Rannenberg; **Fachredakteurinnen**  
**Entwicklung u. Politik:** Elvira  
Treffinger, Natalia Matter, Dr. Silvia  
Vogt; **Fachredakteure**  
**Sozialpolitik:** Markus Jantzer, Dirk  
Baas; **Fachredakteure Medien u.  
Kultur:** Diemut Roether, Michael  
Ridder, Ellen Nebel, Renate  
Kortheuer-Schüring; **Bundesbüro  
Berlin:** Corinna Buschow, Bettina  
Markmeyer.

**Verlag/Bestellservice:**  
Tel: 069-58098-0  
Fax: 069-58098-226  
E-Mail: kundenservice@epd.de  
**Redaktion:**  
Tel: 069-58098-333  
Fax: 069-58098-122  
E-Mail: nachrichten@epd.de.

**Erscheinungsweise:**  
fünfmal wöchentlich (Mo.-Fr.)  
**Bezugspreis** für die  
epd-Zentralausgabe per E-Mail:  
monatlich 56,45 €  
Die epd-Zentralausgabe darf nur mit  
Zustimmung des Verlags  
weiterverwertet, gedruckt, gesendet  
oder elektronisch kopiert und  
weiterverbreitet werden. Jede  
Haftung für technische Mängel oder  
Mängelfolgeschäden ist  
ausgeschlossen.